

# Stenographisches Protokoll.

## 31. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

**Tagesordnung:** Eventuell 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (406 der Beilagen), betreffend den Entwurf eines Gesetzes, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz ermächtigt wird. — 2. Bericht des Verfassungsausschusses über ein Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über das deutschösterreichische Staatsbürgерrecht und über die zeitweise Anzulässigkeit von Aufnahmen in den Heimatverband (417 der Beilagen).

### Inhalt.

#### Büschriften der Staatsregierung,

1. betreffend den Gesetzentwurf über die Vornahme einer außerordentlichen Volkszählung (416 der Beilagen [Seite 813] — Zuweisung an den Verfassungsausschuss [Seite 813]);
2. betreffend den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik (419 der Beilagen [Seite 813] — Zuweisung an den Justizausschuss [Seite 813]).

#### Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Mitteilung des Präsidenten Hauser, betreffend die stattgehabte Konstituierung (Seite 813).

#### Verhandlung.

Mündlicher Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (406 der Bei-

lagen), betreffend den Entwurf eines Gesetzes, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz ermächtigt wird (418 der Beilagen — Antrag des Präsidenten Hauser auf dringliche Behandlung — Annahme des Antrages [Seite 814] — Redner: Berichterstatter Schiegl [Seite 814 und 836], die Abgeordneten Müller-Guttenbrunn [Seite 815], Dr. Alfred Gürtler [Seite 819], Friedmann [Seite 820], Klug [Seite 824], Witternigg [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 824] — Generalredner kontra: Abgeordneter Dr. Angerer [Seite 825] — Generalredner pro: Abgeordneter Dr. Eisler [Seite 831] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 837]).

#### Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Hauser, betreffend die Konstituierung des Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages (Seite 813).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied des Hauptausschusses seitens des Abgeordneten Dr. Ursin (Seite 838).

Ersatzwahl des Abgeordneten Dr. Schönauer als Mitglied des Hauptausschusses an Stelle des Abgeordneten Dr. Ursin (Seite 838).

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingehauften Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Straßner, Rittinger und Genossen, betreffend Einreihung der Kanzleibeamten und -beamtinnen der Polizeidirektion Wien in die Zeitvorrückungsgruppe D der Dienstpragmatik (420 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Kollmann, Gruber, Parrer und Genossen, betreffend Gewährung einer Notstands-aushilfe an Abbrandler in Grossau (421 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Dr. Angerer, Pauly und Genossen, betreffend die Einreihung der staatlichen Turnlehrer an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten (422 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Huber, Geisler, Dr. Kamek und Genossen, betreffend die Rechnungslegung und Auflassung aller Zentralen und liquidierenden Kommanden und Unterabteilungen (423 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Witternigg, Ulrich und Genossen, betreffend den Bau der Bahlinie St. Johann in Tirol—Lofer—Reichenhall und einer Anschlusslinie nach Saalfelden (424 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Straßner und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die definitive Übernahme der aus den Gebieten der neu-erstandenen Nationalstaaten vertriebenen oder geflüchteten ehemaligen österreichischen, beziehungsweise gemeinsamen Staatsangestellten deutscher Volks-zugehörigkeit in den deutschösterreichischen Staatsdienst (Anhang I, 159/I);
2. der Abgeordneten Stocker, Wimmer, Altenbacher, Birchbauer, Thanner, Schöchtnar, Großbauer, Egger, Dr. Angerer, Grahauer, Krözl, Josef Mayer, Dr. Schönauer und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die beabsichtigte Verzögerung der Vorlage des Finanzplanes (Anhang I, 160/I);
3. der Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an den Staatssekretär des Innern, betreffend dessen Einwirkung auf die Rednerliste für die Antisemiten-versammlung im Wiener Rathause am 5. Oktober I. J. (Anhang I, 161/I).

Zur Verteilung gelangen am 16. Oktober 1919:

die Regierungsvorlagen 410 und 416 der Beilagen;

der Bericht des Verfassungsausschusses, 417 der Beilagen und der Bericht des Finanzausschusses, 418 der Beilagen.

## Beginn der Sitzung: 4 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Seitz, zweiter Präsident Hauser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Prof. Schönsteiner, Forstner.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Dr. Bratusch für Justiz, Stöckler für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur Berdik für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Hanusch für soziale Verwaltung, Dr. Bauer für Sozialisierung, Dr. Deutsch für Heerwesen, Ederlich des Innern.

Unterstaatssekretäre: Glöckel für Unterricht, Miklas für Kultus, Dr. Ellengren für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. Waiß für Heerwesen, Pfügl für Äußeres, Resch für soziale Verwaltung, Dr. Tandler für Volksgesundheit.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialrat Dr. Schwarzwald des Staatsamtes für Finanzen.

Präsident Hauser: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 15. Oktober liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Der Ausschuss zur Beratung des Friedensvertrages hat sich konstituiert und gewählt:

Zum Obmann: Dr. Weiskirchner,  
zum Obmannstellvertreter: Dr. Eisler,  
zum Schriftführer: Stocker.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Bei der Konstituierung des Komitees zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung wurden gewählt:

Zum Obmann: Heinl,  
zum Obmannstellvertreter: Freundlich,  
zum Schriftführer: Rittinger.  
Dient gleichfalls zur Kenntnis.

Es sind Zuschriften eingelangt, in denen die Einbringung von Vorlagen der Staatsregierung angekündigt wird. Ich bitte um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer Forstner (liest):

„Die Staatskanzlei beehtet sich, namens der Staatsregierung in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes über die Vornahme einer außerordentlichen Volkszählung (416 der Beilagen) mit dem Ersuchen um seine unmittelbar rasche verfassungsmäßige Behandlung zu übermitteln.“

Wien, 15. Oktober 1919.

Im Auftrage:  
Breisky.“

„Das Staatsamt für Justiz beehtet sich, mit Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung vom 14. Oktober 1919) den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik (419 der Beilagen) zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.“

Wien, 15. Oktober 1919.

Bratusch m. p.“

Präsident Hauser: Die Regierungsvorlage über die Vornahme einer außerordentlichen Volkszählung werde ich dem Verfassungsausschusse, den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik dem Justizausschusse zuweisen.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, (406 der Beilagen), betreffend den Entwurf eines Gesetzes, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz ermächtigt wird. (418 der Beilagen.)

Es ist bloß der Ausschusstantrag in Druck gelegt und verteilt worden. Ein gedruckter Bericht liegt dagegen nicht vor, doch kann ein mündlicher Bericht erstattet werden. Im Grunde des § 37 der Geschäftsordnung schlage ich vor, von der Drucklegung des Ausschusberichtes abzusehen.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die diesen meinen Vorschlag annehmen, sich von den Sitzungen zu

erheben. (*Geschicht.*) Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Schiegl, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Schiegl:** Hohes Haus! Als die Absicht der Regierung bekannt wurde, von der Nationalversammlung die Ermächtigung zu erwirken, aus staatlichem Besitz Gegenstände von geschichtlichem, künstlerischem oder kulturellem Werte zu verpfänden, zu veräußern oder auszuführen, bemächtigte sich die bürgerliche Presse dieser Sache. Die unsachgemäßen Ausführungen der bürgerlichen Presse haben eine sehr große Beunruhigung im künstlerischen Wien hervorgerufen. Diese Beunruhigung ging soweit, daß auch der Stadtrat der Gemeinde Wien sich mit dieser Angelegenheit befaßte und bei der Staatsregierung Vorstellung erhob. Es ist ja klar, daß die Staatsregierung nicht aus perverser Lust, Kunstgegenstände zu veräußern, zu diesem Mittel geschritten ist, um die Valuta zu beschaffen, sondern es war die unzeitliche Not, die die Staatsregierung dazu getrieben hat. Die Staatsregierung hat ihre Valutafonds teilweise schon erschöpft und es mußte infolgedessen Vorsorge getroffen werden, wieder Valuta zu beschaffen, um so mehr, da wir die Lebensmittel für die Bevölkerung beschaffen müssen. Die deutschösterreichische Regierung braucht für die nächsten zwei Monate, um die Bevölkerung mit Getreide, Fett, Kartoffeln usw. versorgen zu können, mindestens 30 Millionen holländischer Gulden. Dieser Betrag muß beschafft werden, um die Waren, die anrollen, bezahlen zu können. In Rotterdam sind bereits Waren vorhanden, die aber nicht geliefert werden können, da die nötige Valuta mangelt. Es ist ja selbstverständlich, daß die Regierung so wie bisher alle Bemühungen anwenden wird, um aus den Nachfolgestaaten Lebensmittel herüber zu bekommen, und zwar nicht gegen Valuta, sondern im Austauschwege gegen Industrieartikel. Es muß aber darauf Rücksicht genommen werden, daß die Er schwerungen, die ja schon vorhanden sind, wieder eintreten können und es wäre gewiß der Staatsregierung ein Vorwurf zu machen, wenn sie nicht alle möglichen Mittel anwenden würde, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die Staatsregierung hat aus diesem Grunde dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorgelegt, der folgendes beinhaltet:

Die Staatsregierung wird ermächtigt, aus staatlichem Besitz Gegenstände von geschichtlichem, künstlerischem oder kulturellem Wert (Antiquitäten, Gemälde, Miniaturen, Zeichnungen und Werke der Graphik, Statuen, Reliefs, Medaillen und Münzen, Gobelins und andere ältere kultigewerbliche Werke, archäologische und prähistorische Gegenstände, Archi-

valien, alte Handschriften und Drucke u. dgl.) zu verpfänden, zu veräußern und auszuführen, soweit nicht Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain entgegenstehen.

Die Veräußerung oder Verpfändung darf nur gegen Bezahlung jener ausländischen Valuta erfolgen, die vom Staatsamt für Finanzen in jedem einzelnen Falle zu bezeichnen sein wird.

Auf die erwähnte Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr soll das Gesetz vom 5. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 90, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung, keine Anwendung finden.

Der Verkaufserlös oder Darlehensbetrag ist für Zwecke des Lebensmittelankaufes bestimmt. Über seine Verwendung verfügt die Staatsregierung, welche hierüber dem Hauptausschuß der Nationalversammlung in angemessenen Zeiträumen zu berichten hat.

Mit der Durchführung der Verpfändung oder Veräußerung von Gegenständen der in § 1 bezeichneten Art ist von der Staatsregierung ein Bevollmächtigter zu betrauen, der hierbei im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Finanzen und dem Staatsamte für Inneres und Unterricht vorzugehen haben wird. Diesem Bevollmächtigten ist zu seiner Unterstützung und Beratung von der Staatsregierung ein Beirat beizugeben. Die Befugnisse des Bevollmächtigten, die Zusammensetzung und Obliegenheiten des Beirates sowie die Mitwirkung der beteiligten Staatsämter sind im einzelnen durch ein von der Staatsregierung festzusetzendes Regulativ zu regeln.

Alle im öffentlichen Dienste stehenden Organe haben dem genannten Bevollmächtigten über dessen Verlangen jede Unterstützung zur Erfüllung seiner in diesem Gesetze umschriebenen Aufgabe zu leisten.

Das Gesetz soll am Tage seiner Auskundmachung in Kraft treten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung in sehr eingehender Weise die Vorlage der Staatsregierung durchberaten und es mußte selbst von der Opposition, die dagegen Einwendungen erhob, daß unerlässliche Kunstgegenstände von vielleicht unerlässlichem Werte veräußert werden sollen, zugegaben werden, daß sich die Staatsregierung in einer Zwangslage befindet, weil sie Vorsorge treffen muß, damit eben die Bevölkerung während der schlimmsten Zeit im Winter wenigstens die Lebensmittel zugeführt werden können.

Im Gesetze selbst sind Kautelen vorhanden, daß nicht unerlässliche Wertgegenstände veräußert werden, weil ja ausdrücklich ausgesprochen werden soll, daß diese Veräußerung nur stattfinden darf, soweit die

Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain dem nicht entgegenstehen.

Es wurde im Gesetze auch Vorsorge getroffen, daß die Veräußerung oder Verpfändung nur gegen Bezahlung jener ausländischen Valuta erfolgen darf, die vom Staatsamt für Finanzen in jedem einzelnen Falle zu bezeichnen ist. Diese Bestimmung wurde in das Gesetz aufgenommen, um der Staatsregierung die Möglichkeit zu geben, diejenige Valuta anzufordern, die notwendig ist, weil ja die Umwandlung einer ausländischen Valuta in eine andere ausländische Valuta gewissen Schwierigkeiten unterliegt und es natürlich der Staatsregierung nicht angenehm sein kann, diese Umwandlung erst dann durchzuführen, wenn die Valuta schon benötigt wird. Gegenüber dieser letzteren Bestimmung wurde von der Opposition eingewendet, daß sie, wie sie hier ins Auge gefaßt wird, allein nicht genüge, weil das eine unbeschränkte Ermächtigung sei. Es wurde vom Herrn Abgeordneten Dr. Schönauer der Antrag eingebracht, daß diese Ermächtigung nur für die Beschaffung bis zu 30 Millionen holländischer Gulden reichen soll. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Es wurde dann zu § 3 noch der Wunsch geäußert, daß die Berichte an den Hauptausschuß der Nationalversammlung nicht in einem „angemessenen Zeitraum“ zu richten seien, sondern daß eine bestimmte Frist festgesetzt werde. Es wurde diesbezüglich über Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Adler einstimmig beschlossen, eine Frist von einem Vierteljahr festzusetzen. In der Folge wurde dann das Gesetz in seiner Gänze mit der einzigen Abänderung, die ich jetzt bekanntgegeben habe, vom Finanz- und Budgetausschuss angenommen.

Ich erlaube mir nun namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen:

„Die hohe Nationalversammlung wolle dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf mit der vom Finanz- und Budgetausschuss vorgenommenen Abänderung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.“

**Präsident Hauser:** Ich habe, hohes Haus, mitzuteilen, daß in Vertretung des Staatsamtes für Finanzen Herr Ministerialrat Dr. Schwarzwald erschienen ist.

Ich eröffne nun die Debatte. Wenn das hohe Haus nichts dagegen hat, so würde ich die General- und Spezialdebatte unter Einem abführen lassen. (Nach einer Pause:) Es ist keine Einwendung dagegen.

Zum Worte gemeldet sind die Herren Abgeordneten Müller-Guttenbrunn, Friedmann, Dr. Angerer und Dr. Waber.

Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Müller-Guttenbrunn das Wort.

**Abgeordneter Müller - Guttenbrunn:** Hohes Haus! Es liegt uns heute ein Gesetz mit dem Motivenberichte der Regierung zur Beschlüffassung vor, dessen Annahme ich — ich sage es gleich im ersten Satz — nicht gut für möglich halte. Dieses Gesetz soll die Regierung ermächtigen, den Verkauf von Werken der Kunst aus dem ehemals hofärrarischen Besitz, welche Eigentum des Staates und somit Nationaleigentum geworden sind, zu dem ausdrücklichen Zwecke vorzunehmen, durch den erhofften Erlös in ausländischer Valuta Lebensmittel zu kaufen. Es ist also ein Valutage schäft, das durch den Angriff auf unseren unschätz baren Kunstschatz ermöglicht werden soll.

Hohes Haus! Es mag heute recht wenig populär sein, gegen etwas anzukämpfen, das von den beiden führenden Parteien, wie es scheint, schon abgemacht ist, gegen ein Unternehmen, welches scheinbar eine Milderung unserer Not herbeiführen kann. Aber ich befindet mich in voller Übereinstimmung mit meinen Parteigenossen von der Großdeutschen Vereinigung, wenn ich an dieser Stelle dem großen Schmerze der weitesten Kreise der gebildeten Welt Österreichs und dem Erstaunen Ausdruck gebe über die Einbringung dieses Gesetzes, und ich befindet mich mit mir selbst in Übereinstimmung, wenn ich als Abgeordneter des ersten Wahlkreises der Stadt Wien meine Stimme gegen diesen Antrag im Interesse Wiens erhebe.

Der Verkauf von alten Werken der Kunst ist heute wenig geeignet für einen Staat, die Achtung der Kulturstölzer zu erwerben und seinen Kredit zu erhöhen. Seit Jahrzehnten schützen sich alle Völker, die alten Kunstschatz haben, durch Gesetze gegen die Ausfuhr und gegen den Verkauf ihrer Altertümer und ihrer Kunstschatze. Das arme kleine Griechenland, das in keinem Verhältnis steht zur Kultur höhe von Alt-Hellas, hat durch ein solches Gesetz die Ausfuhr von Altertümer, die auf seinem Boden gefunden werden, und die Ausfuhr und den Verkauf von künstlerischen Werken der alten Zeit verboten und unter Strafe gestellt. Ägypten hat sich durch ein Gesetz gegen die Ausfuhr seiner Altertümer und künstlerischen Werke seiner Ahnen geschützt. Die Heiligtümer seiner Königsgräber sollen künftig nicht mehr den Prozen in Europa und Amerika als Schaustücke dienen, sie sind Nationaleigentum des ägyptischen Volkes. Zuletzt hat auch Ostasien solche Gesetze geschaffen. Die Zeiten sind vorbei, wo man noch aus Japan Werke der alten Kunst ausführen konnte. Überall ist man zur Erfahrung gekommen, daß dieser künstlerische Besitz Nationaleigentum ist, welches keinen Marktpreis hat.

Einen schönen Beweis von dieser künstlerischen Empfindlichkeit hat vor einigen Jahren Italien gegeben. Es war einem amerikanischen Milliardär gelungen, Tizians „Sündige und himmlische Liebe“ aus der Sammlung Borghese in Rom beinahe schon zu erwerben. Eine kleine Nachricht darüber genügte, daß ganze Land hat stürmisch aufgeschrien, der Handel mußte rückgängig gemacht werden, und auch Italien ist seitdem gegen die Ausfuhr alter Kunstwerke durch ein Gesetz geschützt. Was einzig und einmalig in der Welt ist — und das ist jedes echte Kunstwerk — soll man nicht verschleudern, man soll es nicht vergessen, das ist heute ein Grundsatz aller Kulturbölker.

Der Bettel, den man großen Künstlern oft hinwirft für solche Leistungen, und der Bettel, den man auch uns hinwerfen wird nach dem Stande unserer Valuta, ist keine Entschädigung für Ewigkeitswerte. Nachdem alle Völker, die auf Kultur Anspruch machen, sich geschwächt haben gegen Kunstraub und Vergewaltigung durch das Kapital, durch den Reichtum, durch fürstliche Ambitionen, kommen wir und machen ein Gesetz — oder wollen eines machen — von der gegenteiligen Tendenz. Wir ermächtigen unsere Regierung, alles auszuführen, was ihr beliebt, es einzutauschen gegen Lebensmittel, die wir ja gewiß sehr notwendig brauchen. Aber ich frage mich: Wenn diese Lebensmittel aufgegessen sind, was dann? Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat es furchtbar eilig mit dieser Ermächtigung; er will uns schrecken mit dem Gespenst der Hungersnot, wir sollen nicht an die Ehre dieses Staates denken und nicht an die Achtung der anderen Kulturbölker, sondern an unser tägliches Brot, an unsere herabgesetzte Mehlsquote und an die Kartoffeln, die wir nicht haben. (Ruf: Die wir aber brauchen!) Wir brauchen sie, wir werden sie kriegen, wenn unsere Käufchäze dahin sind, und wir werden doch alle vom Schleichhandel leben so wie bisher. Es ist immer das Letzte, wenn eine herabgekommene Adelsfamilie auch ihre Silberlöffel zum Greifßen schickt, um ihren Kredit zu verlängern. Es gelingt aber selten. Ich könnte einen solchen Handel nicht anders denn als einen schnöden bezeichnen. Wenn unser Herr Staatssekretär für Finanzen in seinem geheimnisvollen Finanzplan keinen besseren Gedanken hat als den, alte Kunstwerke zu verkaufen, damit wir uns einige Wochen weiter ernähren können, dann, meine Herren, sagen mir: Finis Austriae, schliefen wir diese glänzende Bettelbude! (Ruf: Und dann?) Und dann? Darüber werde ich noch reden. (Gelächter und Zwischenrufe.) Die Entente wird kommen, sie ist schon da. Sind wir schon bei den silbernen Löffeln angelangt? Dann kommen wohl auch die Firmengeschenke und die Taufgeschenke unserer Kinder bald daran. Und was dann, wenn wir das auch aufgefressen haben? (Ruf: Dann

bleibt die Großdeutsche Vereinigung! — Heiterkeit.) Sehr schön!

Wir gehen nun daran, unseren unschätzbaren Kunstsbesitz feilzubieten, denn all unser Kredit ist hin, wir nehmen unsere Zuflucht zu Kunstverkäufen, damit wir leben können. Woher soll denn unser Kredit kommen? Wir arbeiten nicht, wir politisieren und experimentieren; wir produzieren nicht, wir konsumieren nur. Wenn einmal ein Geschichtsschreiber es unternehmen wird, die Geschichte dieser jungen Republik zu schreiben, dann kann er mit dem Satze beginnen: In Jungösterreich standen alle Räder still, nur die Notenpresse blieb in Tätigkeit. (Ruf: Sehr gut!) Und wir wollen Kredit?

Vielleicht versucht es unser Herr Staatssekretär für Finanzen einmal mit dem Privatkredit unserer Kaufmannschaft. Ich bin überzeugt, jeder redliche Kaufmann in Österreich hat heute mehr Kredit als dieser zum Krüppel geschlagene Staat, der nach außen keine Macht und nach innen keine Autorität hat, an den überhaupt niemand mehr glaubt. (Ruf: Weit hat er es gebracht!)

Wenn unsere führenden Staatsmänner vorausgesehen haben — und im vorauszusehen sind sie ja da —, daß wir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in ein solches Siechtum verfallen, wie es jetzt geschehen ist, dann hätten sie diesen Strangulierungsvertrag von St. Germain niemals unterzeichnet dürfen. (Zwischenrufe.) Niemals! Sie hätten diesen unmöglichen Staat nach dem rühmlichen und geistvollen Kampfe, den wir vergeblich in St. Germain geführt haben, von sich wegstoßen sollen, ihn der Entente übergeben sollen. Sie soll ihn erhalten. Sie hat ihn zerschlagen, ihr muß die Sorge aufgelöst werden für unsere Ernährung. Etwas Schlimmeres hätte nicht kommen können, als daß wir verhungern, daß wir unsere Kunstwerke hergeben müssen für Brot und Speck. (Ruf: Man sieht, daß Sie nicht im 16. Bezirk gewählt worden sind, sonst würden Sie anders reden!) Ich bin allerdings in der Stadt gewählt, aber auch auf der Landstraße und der Wiesen. Mein Gesichtswinkel ist nicht der 16. Bezirk.

Hohes Haus! Bleiben wir uns auch in dieser tiefen Not dessen bewußt, daß wir Söhne des großen deutschen Kulturbolkes sind, unternehmen wir nichts, was uns minderwertig erscheinen lassen muß gegenüber den großen Kulturbölkern Europas, minderwertig auch neben Griechenland, Japan, Ägypten, Italien und Spanien. Unser alter Kunstsbesitz ist so groß, so herrlich, so einzig, daß er allein genügen müßte, diese tausendjährige Stadt Wien, an deren Erniedrigung jetzt alle Welt arbeitet, allen Feinden zum Trutz auf ihrer Höhe zu erhalten. Diese Stadt mag von ihrer politischen Machtposition alles verloren haben — von ihrer Kunsthöhe, von ihrer Kulturhöhe soll man sie nicht mutwillig

hinabstoßen. (Abgeordneter Schiegl: „Mutwillig!“ Wer hat den Mut zu sagen: Mutwillig?) Diese Gesetzesvorlage wäre der erste Spatenstich zum Untergang von Wien, zum Sturz von seiner künstlerischen Höhe. Aus Kunst braucht man kein Brot zu machen, es wird andere Mittel geben, es zu beschaffen. (Rufe: Welche denn! Sagen!) Dafür bin ich nicht da, dafür ist die Finanzkunst da. (Zwischenrufe.)

Präsident Hauser: Ich bitte, meine Herren!

Abgeordneter Dr. Müller-Guttenbrunn: Hohes Haus! Die Welt hat nur vier universale Mittelpunkte alter Kunst: London, Paris, Madrid und Wien. Es ist bezeichnend, daß es die Hauptstädte jener Staaten sind, die ihre Macht am weitesten über die Welt ausgebreitet haben. Es hat eine Zeit gegeben, wo die Habsburger in Spanien und die Habsburger in Österreich die Welt beherrscht haben. Wir haben es schon in der Schule gelernt, daß in ihrem Reich die Sonne nie untergegangen ist. Der Abglanz dieser Kulturhöhe sind ihre großen welthistorischen Sammlungen. Das große Erbe der Habsburger sind diese beiden Sammlungen in Madrid und in Wien. Es hat die Arbeit eines halben Jahrtausends dazu gehört, diese Sammlungen zustande zu bringen, von Sammlern, die mit allen Mitteln ausgestattet waren. Nie wieder kann ein Mensch ein ähnliches Sammelwerk schaffen. Die kleinsten Staaten, alle alten Staaten namentlich haben sich davor geschützt. Es wird keinem Milliardär und keinem Potentaten künftig mehr möglich sein, ein solches kulturgechichtliches und kunsthistorisches Weltbild aufzubauen, wie wir es in Wien besitzen. (Ruf: Weltverbrechen, wollen Sie sagen!) Sehr gut! Das gehört ins Protokoll. Dieses Wien ist sich dieses großen Besitzes gar nicht recht bewußt. Es hat in seinen Mauern einen der erhabensten Schätze der Welt, die Kunstwerke aus allen Zonen haben sich hier vereinigt. Und wir zählen zu diesen großen Schätzen nicht nur die Werke, die zufällig ausgestellt sind, die überall zur Schau stehen — denn da werden oft Dinge ohne Kunstschatz ausgestellt um dekorativer Wirkungen willen — wir zählen zu diesen Schätzen alles, was in den hofärrischen Magazinen liegt, was in Schlössern und Palästen vorhanden ist. Es sind Ergänzungen, organische Bestandteile dieser Sammlungen.

Unsere öffentlichen Sammlungen sind durch den Friedensvertrag, auf den ich mich nicht gerne berufe, für 20 Jahre geschützt. Es ist ganz merkwürdig, wie das zustandegekommen sein mag. Wir haben im Frühling gegen den italienischen Kunstraub, der damals geplant war, einen Lärm geschlagen, auf den die ganze Welt aufmerksam wurde. Amerikaner und Engländer haben davon Kenntnis genommen und sie haben den Italienern nicht ge-

gönnt, was sie sich da aus Wien gratis holen wollten. Sie haben vielleicht mit dem Hintergedanken dagegen gestimmt, daß Italien diese Freiheit gewährt werde, daß sie uns diese Schätze einst abkaufen können. Und so ist in den Friedensvertrag der § 196 mit Anhang zustandegekommen, welcher es den Italienern, den Tschechen und den Polen nicht verbietet, Kunstwerke aus unseren Sammlungen zu nehmen, nein, die Entente hat es uns verboten, diese Sammlungen anzurühren. Gott sei Dank hat sie diese Sammlungen damit gegen uns selbst geschützt!

Alle Kunsthistoriker und Fachmänner, alle Museumsleiter erklären, daß dieser enorme Besitz, der nicht in den Sammlungen aufgespeichert ist, ein untrennbarer Bestandteil unserer Sammlungen sei, und daß er durch diesen Vertrag ebenfalls geschützt ist. Wie sollten auch die herrlichen flandrischen und französischen Gobelins — wir besitzen etwa 1000 Stück davon — nicht geschützt sein, wenn alte Rüstungen von Kappellen einstiger großen Herren, weil sie im Kunsthistorischen Museum ausgestellt sind, geschützt wurden! Das wäre ganz unvernünftig. Wie soll der Renaissance-Silberschatz des Hauses Habsburg nicht geschützt sein, der ebenfalls einzig in seiner Art ist! Es gehört also alles zusammen. Gegen eine mechanische Auslegung dieses Artikels 196 müßten wir entschieden unsere Stimme erheben.

Wir dürfen meines Erachtens nicht damit beginnen, das, was einzig und — ich wiederhole es — nur einmal in der Welt ist, zu zerstören und der Spekulation preisgeben. Lassen wir die Hand von diesem Walutageschäft!

Man hat in den Zeitungen ausgerufen, es werden nur kulturgechichtlich belanglose Werke feilgehalten werden, und wir begegnen diesem Ideengang auch in der Motivierung des Gesetzes. Hat man dies in der Öffentlichkeit verbreitet, um uns zu beruhigen? Als einen Aufruf an die Händler kann ich es nicht betrachten. Die Preise werden nicht gestiegen sein, das Angebot wird gewiß kläglich sein nach der Charakteristik als minder belangreiche Kunstobjekte, als die sie in den Ausführungen der Herren erscheinen.

Man hat auch Preise genannt. Man hat uns gesagt, daß aus dem Verkaufe dieser Werke eine Viertelmilliarden eingenommen werden wird. Was ist das für ein Humbug, statt einfach 250 Millionen, eine Viertelmilliarden Kronen zu sagen? Was will man uns damit suggerieren? Was ist heute eine Viertelmilliarden? Beiläufig zehn Millionen Franken, Wien hat einen großen Magen und wenn es auch 300 Millionen Holländische Gulden sind, sie werden bald verschwinden. Diese schauerliche Entwertung unseres Geldes ist in unseren heimatlichen Zuständen in keiner Weise begründet. Ich kann noch heute überall in Österreich um den Betrag von

80.000 bis 100.000 K ein Landhaus mit einem Garten kaufen und mir ein Heim schaffen. Wenige haben diese 100.000 K, aber viele haben die 4000 oder 5000 Franken, mit denen sie in Österreich das gleiche tun können. Ihre Valuta ist die siegreiche.

Dieser Niederbruch unseres Geldes, der durch eine Schwindelaktion, durch eine stürmische Spekulation hervorgerufen wurde, war offenbar nur zu dem Zwecke herbeigeführt, um uns mit der fremden Valuta vollständig auszuplündern, und man wird auch unseren Kunstschatz mit dem Werte, dem ungeheuerlichen Werte der fremden Valuta ausplündern. Behütet wir unseren Kunstschatz vor diesem Raubzuge, reißen wir ihn nicht hinein in diese Schwindelaktion, in diese schwindelhafte Weltlage, der wir heute gegenüberstehen.

Was wir jetzt treiben, gemahnt an jüdische Lotteriwirtschaft: Die silberne Uhr ist längst versezt und auch verfallen, der Winterrock ist auch schon verpfändet, jetzt trägt der Student auch noch die Bücher zum Antiquar, es ist schon allesins, er braucht nicht mehr zu studieren. Wenn es solche Studenten gibt, so gibt es auch noch gute Väter, die dafür eintreten, die diesen jungen Mann wieder ins Geleise bringen und alles ausgleichen. Die junge deutschösterreichische Republik hat aber keinen guten Vater, sie hat nur eine böse Stiefmutter und von der ist gar nichts zu erwarten.

Meine Herren und Frauen! Zerstören wir nicht, bauen wir auf. Greifen wir nach all unserem Kunstschatz, tragen wir alles zusammen aus allen Schlössern und Palästen, aus allen Magazinen, verwenden wir die in Wien uns zur Verfügung stehenden Paläste dazu, sie öffentlich zu zeigen! Die Herren von der Sozialdemokratie sagen, nur die hohen Herrschaften haben sich an dem Besitz dieser Güter bisher erfreut, nun, jetzt haben Sie Gelegenheit, zu zeigen, wie man für Volksbildung eintreten kann. Popularisieren Sie diese Kunstschatze, schaffen Sie Volksmuseen, räumen Sie das Kriegsministerium aus, brechen Sie Wände und schaffen Sie Raum und stellen Sie im Kriegsministerium die 1000 Golbelins aus, die wir besitzen, und es wird ein künstlerisches Weltereignis sein! Schaffen Sie eine Propagandastelle für die Bekanntmachung dieses Besitzes von Wien — die Welt weiß viel zu wenig von uns — und die Glorie von Wien wird neu aufblühen und diese Kunstschatze werden fruchtbar werden, auch materiell, weil wir sie behalten haben und nicht verkauft!

Wenn wir heute den ersten Schritt zur Veräußerung unserer Kunstschatze tun, so wird diesem Schritt wahrscheinlich bald ein zweiter und ein dritter folgen. Wir werden damit die anderen Nachfolgestaaten dieser Monarchie und auch Italien beruhigen, wir werden sie reizen. Diese Kunstdgegenstände sind heute auf 20 Jahre durch den Friedens-

vertrag neutralisiert, unsere Nachbarstaaten aber werden, wenn sie sehen, was wir treiben, zur Reparaturkommission gehen und sie werden ihr sagen: Messieurs, bei der Bagage ist ja doch gar nichts mehr sicher! (Abgeordneter Schiegl: So spricht ein österreichischer Volksvertreter!) Gebt uns unseren Anteil sofort! (Abgeordneter Schiegl: Sie schädigen den Staat mehr als jeder andere durch solche Reden!) Ich will dies verhindern, darum spreche ich. (Zwischenrufe des Abgeordneten Schiegl.) Sie haben genug gesprochen, jetzt rede ich. Wir haben durch 20 Jahre einen Kunstsfrieden für unsere Sammlungen vor Augen gehabt, dieser Friede wird gebrochen durch das, was Sie tun; die Nachfolgestaaten werden sehr bald erscheinen und dieser Artikel 196 wird sehr bald revisiert werden, man wird einen Teil unserer Kunstschatze schließlich doch nach Prag und nach Italien ausführen. (Rufe: Sie geben ja gute Ratschläge! — Das ist eine Unanständigkeit sondergleichen!)

Präsident Hauser: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Müller-Guttenbrunn: Darauf kann man nur lachen.

Ich habe auch noch einen anderen Einwand, meine Herren, wenn Ihnen die künstlerischen Bedenken nicht genügen; ich habe noch etwas für Sie. (Ruf: Vielleicht Getreide oder Fett? — Heiterkeit.) Hier habe ich das Staatsgesetzblatt vom 10. April in den Händen. (Zwischenrufe.) Da ist an erster Stelle das Gesetz über die Landesverweisung der Dynastie Habsburg-Lothringen und die Besitznahme ihres Vermögens veröffentlicht. Es ist hier aber auch der Zweck festgelegt, zu welchem diese Besitznahme erfolgt ist, und Sie können heute nicht über das ehemals hofärarische Eigentum verfügen, ohne den Mut zu haben, dieses Gesetz aufzuheben. Hier ist der Zweck bestimmt und der lautet (liest):

„Das Reinertragnis des auf Grund dieses Gesetzes in das Eigentum der Republik Deutschösterreich gelangenden Vermögens ist nach Abzug der dem Staaate mit der Übernahme dieses Vermögens verbundenen Lasten zur Fürsorge für die durch den Weltkrieg in ihrer Gesundheit geschädigten oder ihres Ernährers beraubten Staatsbürger zu verwenden.“ (Rufe: Na also!)

Das sind die Invaliden, das sind die Witwen und Waisen von gefallenen Soldaten. Unter diesem Gesetz stehen die Namen der noch heute regierenden Herren Seitz, Renner, Schumpeter, Hanusch. Ohne dieses Gesetz aus der Welt zu schaffen, werden Sie nicht über das ehemals hofärarische Vermögen verfügen können zu dem ausschließlichen Zwecke, Lebensmittel für uns alle zu kaufen, die wir trotzdem vom Schleichhandel leben müssen. Das werden Sie nicht ohne einen Gewaltakt zustande bringen!

Es war sehr fein erdacht, daß Sie das am 3. April gemacht haben. (Zwischenrufe.) Wenn die Habsburg-Lothringer schuld an diesem Kriege sind, dann büßen sie es nicht nur durch ihre Entthronung, sie büßen es auch mit ihrem Vermögen und Sie können jetzt etwas für die am schwersten betroffenen Opfer tun. (Zwischenrufe.)

Ich staune, daß Sie über dieses Gesetz lachen. Kann dieses Gesetz umgangen werden? Kann sein Sinn und Zweck anders ausgelegt werden? Ich möchte diese Verantwortung nicht tragen. (Ruf: Versuchen wir es ohne Sie! — Heiterkeit.) Haben Sie den Mut, es aufzuheben! Ich rufe, solange dieses Gesetz besteht, die Million der österreichischen Invaliden, Witwen und Waisen auf zur Erhebung ihres Anspruchsrechtes, zur Verteidigung ihres Gesetzes. Wenn hier Kunstwerke verkauft werden, darf der Erlös nicht für Lebensmittel verwendet werden, sondern der Erlös gehört nach diesem Gesetz den Invaliden, Witwen und Waisen. (Zwischenrufe.) Wenn hier Kunstwerke aus dem hofärrischen Besitz verkauft werden, muß der Erlös zu dem durch das Gesetz vom 3. April bestimmten Zweck verwendet werden und zu keinem andern.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich begreife es ja, daß diese junge Republik von der Missachtung aller früheren Gesetze lebt. Dass sie aber ihre eigenen Gesetze missachtet oder übertreift: daß das zum Heile der Republik dient, das kann ich mir nicht denken. Man wird Sie einst eine Koalition von Gesetzesverächtern nennen.

Ich stelle keinen Abänderungsantrag zu diesem Gesetze; ich halte es für gänzlich verfehlt, ich halte es für unreif, hier verhandelt zu werden, und ich erkläre im Namen der Großdeutschen Vereinigung und in meinem eigenen Namen, daß wir gegen dieses Gesetz stimmen werden. (Beifall. — Zwischenrufe und anhaltende Unruhe.)

**Präsident Hanauer:** Als Proredner hat sich unterdessen gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Gürler; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Gürler:** Hohes Haus! Ich wende mich gegen ein Wort, daß in den Äußerungen meines sehr geehrten Herrn Vorredners gefallen ist und das ich mit tiefster Entrüstung vernommen habe, und das ist das Wort: „mutwillig“. (Zustimmung.)

Ja, verkaufen wir denn diese Bilder zu unserem Vergnügen, um damit Geschäfte zu machen? Wo leben denn diese Herren, die den Mut haben, gegenüber dieser Aktion, die uns allen ans Herz greift, den Ausdruck mutwillig zu gebrauchen? Sehen Sie denn nicht die hungernden und sterbenden Kinder? Leben Sie auf dem Mond oder auf der Erde, in diesem unglücklichen Staat, an dessen

Untergang und Unglück wir alle mitleiden und an dem wir alle mitzuarbeiten haben, wenn wir ihn aufbauen wollen? Es ist eine bedauerliche Verkennung der Pflichten eines Volksvertreters, wenn man den Mut auf bringt, diese Aktion, die wir uns alle mit schwerem Herzen abgerungen haben, vor der Bevölkerung als mutwillig zu ver�adern. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Ich habe meinem sehr geehrten Herrn Vorredner den Zwischenruf gemacht: Wie anders machen? als er sagte, auf diese Art und Weise können wir Not und Hunger in diesem Staat nicht lindern. Er hat mir darauf gesagt: Das ist nicht meine Sache, sondern die des Finanzministers! Dafür habe ich kein Verständnis. Wer in diesem Hause sitzt, hat die Pflicht, wenn er irgendeinen Vorschlag bekämpft, einen anderen, besseren an dessen Stelle zu setzen (lebhafte Beifall und Händeklatschen) und ein Abgeordneter, der sich darauf ausredet und sagt, das ist Sache des Finanzministers und nicht meine Sache, der bezieht eine politische Arbeitslosenunterstützung in der Form der Diäten. (Heiterkeit. — Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Das ist meine Auffassung dieser Sache. Mutwillig ist es, wenn man seine Mitwirkung beim Aufbau dieses Staates versagt und wenn man denjenigen, die mit großen Opfern und vielleicht mit Vernichtung ihrer politischen Existenz sich dazu hergeben, diesen Staat aufzubauen, die Arbeit erschwert, indem man eine faktiöse Opposition macht. (Lebhafte Beifall.) An dem Aufbau dieses Staates müssen wir alle mitwirken.

Und dann noch etwas! Mein geehrter Herr Vorredner — ich will Sie nicht lange mehr aufhalten — hat gesagt, wir sollen einen Ausweg finden, wir sollen diese Gobelins anschauen lassen. Ja, wenn er glaubt, daß unsere Leute vom Anschauen der Gobelins fett werden, bin ich sehr dafür, daß wir diesen Ausweg vorziehen. Aber mir ist es noch nicht bekannt, daß jemand vom Anschauen von Bildern oder Gobelins fett geworden ist. Ich kann daher auch diesen einzigen positiven Vorschlag, den mein sehr geehrter Herr Vorredner gemacht hat, nicht akzeptieren. Gerade in dieser Entäußerung eines uns allen am Herzen liegenden Kulturbesitzes kommt die furchtbare Notlage unseres Staates so recht sinnfällig zum Ausdruck. Wir Österreicher sind ja dafür bekannt, daß wir gerade für Kulturdinge viel mehr übrig haben als für die materielle Seite des Lebens und um so schwerer fällt es uns jetzt, auf diesen Kulturbesitz zu verzichten. Wenn ich aber durch die Straßen der Stadt gehe und die bleichen und abgezehrten Gesichter der Weiber und Kinder sehe, und wenn ich nur sage, daß hier ein Bündstoff in diesem Staat glimmt, der vielleicht das ganze Haus, das wir mit ungeheuerer Mühe aufrecht zu erhalten bestrebt sind, zum

Zusammenbrüche bringt, ja, meine Herren, wenn Sie die Diktatur des Proletariats, wenn Sie die Räterepublik haben wollen, dann treten Sie dafür ein, daß die Kunstschäze hier im Lande bleiben. Das können wir haben, das ist ein Ausweg. Aber ob das ein Ausweg sein wird, der Ihnen paßt, das möchte ich mir sehr erheblich zu bezweifeln erlauben. Denn gerade die Gelegenheit, hier Opposition zu machen, geben wir Ihnen nur dadurch, daß wir mit Aufopferung unserer Person und mit Hintanstellung aller persönlichen Gefühle und Neigungen — wir lieben uns doch gegenseitig nicht, darüber sind wir ganz im klaren — und mit Hintanstellung aller parteimäßigen Gefühle und Antipathien Opfer bringen, um diesen Staat aufrecht zu erhalten. Wer dafür kein Verständnis hat, ist in einer glücklichen Situation, denn er lebt leichter als die, die mit diesem Verständnis belastet sind.

Es ist auch ein Versuch wüster Demagogie gemacht, es ist gesagt worden, daß wir gewissermaßen die Invaliden um etwas berauben wollen, was bereits ihr Besitzstand ist. Wir haben erstens einmal für die Invaliden durch ein Invalidengesetz gesorgt und sind sicher geneigt und fest entschlossen, den Invaliden das, was ihnen nach diesem Gesetz zusteht, zukommen zu lassen. Ich meine überdies, es gibt einen staatlichen Notstand und einen ärgeren staatlichen Notstand, als es unser gegenwärtiger ist, kann es überhaupt nicht geben. Und einem derartigen Notstand kommt man mit ästhetischen Betrachtungen nicht bei, damit lindert man ihn nicht, damit wirkt man nur aufreizend. Ich meine, gerade die Parteien des konservativen Besitzes hätten allen Grund, nicht aufreizend in diesem Staate zu wirken. (Sehr richtig!)

Ich meine daher — es sind eine Unmenge Gegenredner zum Worte gemeldet —, ich glaube, daß ich der einzige Redner bin; lassen wir uns durch diese Gegenredner nicht in unseren Entschließungen beeinflussen. Wir müssen ihnen dafür dankbar sein, wenn sie zum Ausdruck bringen, wie schwer wir uns dieses Kunstbesitzes entäußern; da sprechen sie uns allen aus dem Herzen. Was diese Seite der Angelegenheit betrifft, so stimmen wir mit ihnen völlig überein, leicht ist es uns auch nicht. Aber was das Meritum der Sache betrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir vor allem die Verpflichtung haben, Hunger und Elend in diesem Staate mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu lindern.

Es ist das Beispiel von dem Studenten angeführt worden, der auch seine Schulbücher verlegt, aus denen er studieren, mit denen er arbeiten soll. Aber bitte, diese Bilder sind ja keine Rohstoffe, mit denen wir arbeiten können. Wenn wir Rohstoffe ausführen würden, dann hätte dieses Beispiel von

den Büchern des Studenten seine Berechtigung; wir aber wollen ja dadurch Sachen ins Land bringen, die es uns ermöglichen, eine arbeitsfähige Bevölkerung wieder auf die Beine zu stellen, denn wer nichts zu essen hat, kann auch nicht arbeiten. Ich bitte Sie also inständig, lassen Sie sich durch diese Bemerkungen nicht beeinflussen, sondern nehmen Sie das Gesetz in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung an. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident Hauser:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Friedmann.

**Abgeordneter Friedmann:** Geehrte Nationalversammlung! Auf die Gefahr hin, nach den Äußerungen des Herrn Vorredners der faktiosen Opposition bezichtigt zu werden, erkläre ich von vornherein, daß ich gegen dieses Gesetz bin und mich dem Proteste anschließe, von dem der Herr Berichterstatter gesprochen hat, dem Proteste, den der Stadtrat der Gemeinde Wien gegen die Veräußerung dieser Kulturwerte erhoben hat. Ich schließe mich als Wiener Abgeordneter diesem Proteste an und würde eigentlich erwarten, daß auch alle jene diesen Protest erheben, denen die Zukunft Wiens am Herzen liegt, die überhaupt eine Hoffnung haben, daß Wien noch einer Zukunft entgegenblickt.

In dem Motivenbericht zur Gesetzesvorlage heißt es, daß auswärtige Zahlungsmittel nicht erhältlich sind, oder etwas ungeschminkter ausgedrückt — es ist vollkommen wahr, was hier im Motivenbericht steht —, dieser Staat hat keinen Kredit mehr, und zwar deshalb, weil das Vertrauen des Auslandes in die Wirtschaft dieses Staates nicht mehr besteht. (Abgeordneter Mühlberger: In die uns die Bürgerlichen hineingehetzt haben!) Ich werde Ihnen darauf antworten, haben Sie nur noch etwas Geduld!

Haben sich die Regierung und die Vertreter dieses Gesetzentwurfes vor Augen gehalten, daß die Tatsache allein, daß Österreich derartige unersetzbare Kulturstücke veräußert, unseren Kredit mehr schädigt, als wir überhaupt hereinbekommen können, gar nicht davon zu sprechen, daß, wenn man in der Notlage eine solche Menge von Kulturwerten veräußern muß, der Marktkreis selbstverständlich wesentlich gedrückt wird und wir, ob wir wollen oder nicht, zu einer Verschlenderung kommen werden, denn das ist ja nicht richtig, was der Herr Berichterstatter gesagt hat, daß das nur eines der Mittel ist, um für alle Fälle Vorsorge zu treffen. Das ist grundsätzlich. Wir wissen sehr gut, daß Mathai am Letzten ist und daß in aller Eile auch das noch verlopft werden soll.

Nun hat gestern ein sozialdemokratischer Redner im Finanzausschuß erklärt, die Situation,

in der wir uns befinden, sei die Folge der leichtfertigen Fortsetzung des Krieges (*Rufe: Sehr richtig!*) Ich bin gewiß nicht einer derjenigen, die die Mächte und Kräfte verteidigen, welche den Krieg leichtsinnigerweise fortgesetzt haben. Aber, meine verehrten Anwesenden, nun, ungefähr 12 Monate nach den Umsturz, sich immer wieder darauf auszureden, der Krieg sei daran schuld . . .; (*Berichterstatter Schiegl: Wer dem?*) . . . Herr Berichterstatter, Sie hören zu, um dann als Berichterstatter beim Schlußworte zu antworten. Lassen Sie mich doch wenigstens den Satz aussprechen, es ist ja nicht unbedeutsam, wenn ich das von Ihnen verlange. Nicht der Krieg allein, sondern die Wirtschaft, die durch zwölf Monate hier in diesem Staate getrieben worden ist, ist schuld an der trostlosen Lage, in die wir getrieben worden sind. (*Abgeordneter Witternigg: Vier Monate sind Sie im Staatsrat als Mitglied gesessen!*) Entschuldigen Sie, ich lehne jede Verantwortung ab.

Ich war Ersatzmann und bin nicht einmal dazu gekommen, im Staatsrat das Wort zu nehmen. (*Ruf: Sonst wäre es anders?*) Ich sage nicht, daß es sonst anders wäre, ich berichtige bloß den Herrn Zwischenruse. Sie sind ja ein Provinz, Sie waren damals nicht hier und können daher keine Einwendungen erheben. Aus eigener Erfahrung wissen Sie davon nichts.

Es ist in der inneren Politik seit dem Umsturze die Tendenz, ausgerechnet in diesem kleinen Deutschösterreich den sozialistischen Staat aufzurichten. (*Zwischenruse.*) Es meldet sich schon einer der Herren, der sich als Mithuldiger fühlt. Hand in Hand mit dieser Tendenz geht die völlige Anarchie im Innern, von der ich Ihnen auch einige Beispiele anführen möchte. (*Abgeordneter Witternigg: Danken Sie Gott, daß nicht geplündert worden ist!*) Herr Kollege, bange machen gilt nicht. Sie werden niemand einschüchtern. Ich bitte Sie also, lassen Sie das doch beiseite. Die Anarchie im Innern, sage ich, und eine den Grundsätzen anderer Staaten vollauf zuwiderlaufende unmögliche Wirtschaftspolitik . . . (*Rufe: Bei den Zentralen!*) . . . nicht zuletzt auch die Zentralenwirtschaft, nicht zuletzt diese Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, nicht zuletzt diese unmöglichen Sozialisierungsbestrebungen, die uns jeden Kredit im Ausland genommen haben.

Und wenn gesagt wird, es bleibt kein anderes Mittel, so ist der Augenblick gegeben, um sich die Frage vorzulegen: Welche Mittel wurden denn verjünt und welches sind die Ursachen, daß wir so weit gekommen sind, Gobelins und Bilder verklapfen zu müssen? (*Zwischenruse.*) Meine Herren! Mit witzig sein sollenden Antworten fertigen Sie diese Fragen nicht ab und ich bedauere es tief, daß in einem Zeitpunkt, in dem diese Nationalver-

sammlung über einen Gesetzentwurf beschließen soll, der die ganze Trostlosigkeit unserer Lage in so finstiger Weise jedem kundtut, Mitglieder der Nationalversammlung überhaupt noch das Animo für Heiterkeit aufzubringen. (*Zwischenruse.*) Meine Herren! Ich glaube nicht, daß meine Worte Grund zur Heiterkeit geben; Sie können Widerstand leisten, Sie können sachlich opponieren, aber dagegen verwahre ich mich, daß das, was ich sage und was ich in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der bürgerlichen Bevölkerung sage, Anlaß zu Heiterkeit geben könnte. (*Abgeordneter Panner: Aber der Vorwurf der Mutwilligkeit war eine Gemeinheit!*) Herr Kollege, ich habe das Wort Mutwillen nicht gebraucht, ich enthalte mich auch jedes weiteren Urteils darüber. Wenn es auch vielleicht ein Lapsus war, von Mutwillen zu sprechen, so könnte man vielleicht doch nachweisen, daß die Ereignisse, die während der zwölf Monate vorausgegangen sind, den Ausdruck rechtfertigen würden, daß man sich einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht hat, indem man es so weit hat kommen lassen.

Ja, der staatliche Kredit ist gleich Null, sagt der Motivenbericht selbst, aber dem einzigen Kredit, den wir noch hätten, dem Privatkredit legen sie alle möglichen Fesseln an und mit Witzworten wird es abgesegnet, wenn man davon spricht, daß diese Zwangswirtschaft mitschuldig daran ist, daß die Preise der Ware immer unerschwinglicher werden, daß der Schleichhandel blüht, daß die Krone immer wertloser wird, daß Sie schließlich keinen Kredit mehr im Auslande bekommen und daß Ihnen daher nichts mehr übrig bleibt, als derartige Werte zu veräußern.

Es steht in dem Motivenberichte auch, daß die jugoslawischen Lieferungen ausgeblieben oder nicht rechtzeitig eingetroffen sind. Nur so in Parenthese möchte ich bemerken, daß diese jugoslawischen Lieferungen ausgeblieben sind, weil der Vertrag, der mit Jugoslawien abgeschlossen wurde, kaum daß er abgeschlossen war, schon nicht eingehalten wurde. Es wird vielleicht Sache des Ausschusses für Handel und auch des Plenum der Nationalversammlung sein, sich über diesen Vertrag zu unterhalten und zu untersuchen, wie so es gekommen ist, daß die Bezüge aus einem Lande, das ein natürliches Bezugsgebiet für unsere Nahrungsmittele ist, ausgeblieben sind. Ich möchte, nur weil ich gerade diese Frage streife, zur Charakteristik bemerken, daß ich vorgestern von einem Kaufmann einen Brief bekommen habe, in dem er mitteilt, daß ihm bei Anmeldung einer Ware, die er nach Jugoslawien ausführen sollte und die er bereits verkauft hatte, als er um die Ausfuhrbewilligung beim Warenverkehrsamt ansuchte, ein Anstand gemacht wurde dahingehend, daß der Preis der Ware ein zu hoher sei! (*Ruf: Für die Ausfuhr?*)

Ja, für die Ausfuhr! Sie sehen, zu welchen Anomalien man kommt, wenn Verträge abgeschlossen werden, mit denen weder die interessierten Kreise noch die Nationalversammlung sich irgendwie zu befassen Gelegenheit gehabt haben, Verträge, in denen es beispielsweise heißt, daß die Abrechnung der Waren, die Jugoslawien liefert, nach den Grundsätzen der Zulandsmarktpreise, der Weltmarktpreise und derjenigen Preise erstellt werden soll, welche wir für Waren nach Jugoslawien berechnen. Naturgemäß hat infolgedessen das Warenverkehrsbureau alles Interesse daran, daß die Preise für den Export nicht zu hoch gestellt werden, damit umgekehrt uns nicht zu hohe Preise gerechnet werden. Das nur nebenbei, weil in der Regierungsvorlage auch auf die jugoslavische Lieferungen Bezug genommen worden ist.

Ebenso wird hier auf die Verspätung der eigenen Ernte verwiesen. Wie euphemistisch! Ich erinnere mich, daß ich in diesem Hause auch gegen ein Gesetz Einsprache erhoben habe, welches mit demselben Eifer verteidigt wurde, wie heute das Gesetz über die Veräußerung von Kunstgegenständen verteidigt wird, gegen das Getreidekontingentierungsgesetz. Sie sehen bereits die Folgen dieses Gesetzes, welches den Bauer hindert, frei über seine Ernte oder wenigstens über das das Kontingent überschreitende Quantum seiner Ernte zu verfügen. Und noch etwas! Nicht Mangel an Druschkohle oder Benzin allein ist es, daß wir jetzt, da wir schon begonnen haben sollten, von der neuen Ernte wenigstens die Zeit zu leben, während welcher die Eigenproduktion Deutschösterreichs genügen könnte, in furchtbaren Schwierigkeiten sind, nein, es ist auch eine politische Frage mit schuld, es ist die Abneigung der Länder, die ich als Wiener auf das tiefste bedauere und schmerzlichst empfinde — es muß dies einmal gesagt werden —, es ist die Abneigung der Länder gegen die Wiener Regierung, gegen das Wiener Regierungssystem mit schuld daran, daß wir so hungern müssen, daß wir jetzt in eine Situation geraten sind, wo die Regierung erklären muß, es bleibe ihr gar nichts anderes übrig, da die Krone ihre Kaufkraft eingebüßt hatte, als diese Kunstsäthe zu verkaufen.

Nun, verehrte Nationalversammlung, ich möchte gewiß nicht Mißbrach treiben und aus Anlaß dieser Gesetzesvorlage über die Ernährungspolitik sprechen, so verlockend es auch wäre. Ich will aber die anwesenden Mitglieder des Ernährungsausschusses bitten, weil ja die vorliegende Gesetzesvorlage mit der Getreideversorgung ganz unmittelbar zusammenhängt, einige Aufmerksamkeit der Untersuchung unserer Kriegs-Getreide-Berthaanstalt und der Einfuhrgesellschaft für Getreide aus Übersee zuwenden; ich werde Ihnen auch gerne Briefe von einwandfreien Fachleuten zur Verfügung stellen, die

sich über die Gestion dieser Gesellschaft, außerordentlich bitter beklagen.

Nun heißt es im Motivenbericht weiter, daß wir unsere Produktionsmittel erhalten müssen. Vollkommen einverstanden, wenn darunter verstanden ist, daß wir nicht Rohmaterialien, Vorrichtungen und Behelfe zur Erzeugung veräußern. Aber wenn Sie jetzt auch glauben, auf 14 Tage oder wie lange der Erlös aus diesem Kunstsitz anhalten soll, der ärgsten Lebensmittelsorge überhoben zu sein, so wird man dennoch nicht darüber hinwegkommen, einen ernsten, auf lange Dauer festgesetzten Plan auszuarbeiten, was zu veräußern sein wird, ohne uns die Produktionsmittel zu nehmen. Wir sind eben in die Situation geraten, daß wir uns damit befassen müssen, auch an die Veräußerung unserer Bahnen zu denken, an die Veräußerung der großen städtischen Unternehmungen, die wir kaum mehr betreiben können, weil uns das notwendige Brennmaterial fehlt, und vielleicht die Sorge anderen zu überlassen, die besser imstande sein werden, die für die Volkswirtschaft unumgänglich notwendigen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Der Herr Proredner hat mit vollem Rechte gesagt, es genüge nicht, nur zu opponieren, es genüge nicht, nur zu sagen, dieser Schatz, dessen Veräußerung ja auch die Herren, die für das Gesetz stimmen, bedauern, dieser unersetzbare Schatz darf nicht verkauft und verpfändet werden, man müsse auch sagen, wie denn dieser furchtbaren Not anders abgeholfen werden könnte.

Ich stimme dem vollkommen bei. Außer dem, was ich bezüglich der Betriebe, die wir veräußern müssen, weil wir darum nicht herum kommen, angedeutet habe, will ich Ihnen noch eine vielleicht kleine, aber doch nicht zu vernachlässigende Quelle der Einnahmen nennen. Seit dem Jänner dieses Jahres habe ich das traurige Amt, Präsident des Administrationsrates der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu sein. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten und des Hauses werde ich nur einige wenige Zeilen aus dem Berichte verlesen, weil ich es für meine Pflicht halte, den Anlaß zu benutzen, um auch der Öffentlichkeit mitzuteilen, in welcher Zeit der Schandwirtschaft wir leben, wie die Regierung, die einerseits erklärt, es gäbe kein anderes Mittel als diese Kunstsäthe zu veräußern, sich anderseits jeder Autorität entkleidet hat und nicht einmal mehr imstande ist, soviel Autorität aufzubringen, daß die notwendigsten Sachgüter sachgemäß veräußert, verwertet, in den Verkehr gebracht, beziehungsweise exportiert werden.

Wir haben in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, seitdem der neue Administrationsrat fungiert — das ist ungefähr seit Jänner dieses Jahres — rund gesprochen ungefähr für 550 Millionen Kronen Waren veräußert, ein Bettel im

Verhältnis zur Zeit und im Verhältnis zu der Menge der Sachgüter, die am 1. Jänner noch vorhanden waren. Ich möchte nicht dafür bürgen, daß abzüglich der veräußerten ein sehr bedeutender Rest noch vorhanden ist, denn das, was im Wege der Plünderung und des Diebstahls bei Seite geschaft wird, zu schätzen, bin ich und ist auch ein anderer nicht imstande.

Nun zu den Schwierigkeiten bei der Übernahme der Lager und Depots durch das Staatsamt für Heerwesen. „Es hat nur sehr zögernd und unter verschiedenen Vorbehalten die Lager und Depots der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung überantwortet, wobei die Reservierung des Staatsamtes für Heerwesen für dessen eigenen Gebrauch einen großen Umfang angenommen hat. Einzelne Abteilungen des Staatsamtes für Heerwesen sind bedacht, sich Materialien für mehrere Jahre zu sichern usw.“ Ich erinnere mich der Kämpfe, die ich zum Teil selbst durchgeföhrt habe, um zu erreichen, daß die Materialien möglichst schnell der Hauptanstalt übergeben werden. Es war das eine Zeit, wo es Funktionäre im Staatsamt für Heerwesen gegeben hat, die wahrscheinlich keine größere Sorge gehabt haben, als sich für den nächsten Krieg vorzubereiten und möglichst viel Materialien zu reservieren und zu akkumulieren, statt sie freizugeben und dem Verkehr und der Wirtschaft zuzuführen. Noch größere Schwierigkeiten hat die Anstalt mit dem Material, welches in den Heeresbetrieben lagert.

Dazu kommt noch die Schwierigkeit, welche durch die Eingriffe unzuständiger Arbeiter- und Soldatenräte der Ausfolgung der Materialien in den Weg gelegt wird. Hier antworte ich auf den Einwurf eines Herrn von dieser (linken) Seite des Hauses. Sehen Sie, man klagt darüber, daß die Produktion nicht in Gang kommt. Man sagt, man könne die Produktionsmittel nicht angreifen. Ja, die Produktion kann natürlich nicht in Gang kommen, wenn wichtige Rohmaterialien, die vorhanden sind, einfach deshalb nicht veräußert, den Gewerbetreibenden und anderen Produzenten nicht zugeführt werden können, weil jedes dieser Depots einen eigenen Staat für sich bildet, weil es genügt, wenn der Kommandant X, der Arbeiterrat Y, der Soldatenrat Z sagt: Die Materialien werden nicht herausgegeben! Ich will speziell ein Rohmaterial nennen, auf dessen Verwendung im Inlande wir ganz besonders bedacht sein müssen, und an dem große Knappheit im Kreise der Produzenten herrscht, obwohl wir noch eine ganz erkleckliche Menge in den Depots besitzen — sofern man überhaupt von Besitz einer Ware reden kann, über die man nicht verfügt. Das sind die Metalle verschiedenster Art: Kupfer, Messing, Bronze, Rotguss, Zinn, Zinn, Blei usw. Es ist — glaube ich — lezthin der Ausschuß über die vielgeschmähten Zentralen auch

ermächtigt worden, sich über die Frage der Sachdemobilisierung zu unterhalten, und ich werde gerne bereit sein, diesem Ausschusse über Wunsch verschiedene Materialien zur Verfügung zu stellen, mit denen ich heute das Plenum nicht behilflich will. Ich erwähne diese Angelegenheit nur deshalb, weil sie in sachlichem Zusammenhange mit dem Gesetzentwurf steht, der uns heute beschäftigt. Wenn Sie zum Beispiel lesen, daß die Hauptanstalt . . .

**Präsident** (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, Herr Abgeordneter, ich kann nicht zulassen, auch auf Grund Ihrer Einleitung, daß Sie sich in einer Erörterung über die Sachdemobilisierung ergehen. Ich bitte, sich an den Gegenstand zu halten.

**Abgeordneter Friedmann:** Ich folge der Weisung des Herrn Präsidenten und halte mich an den Gegenstand; ich glaube, von demselben nicht abzuweichen, wenn ich dem Motivenberichte zu dem Gesetze folge und wenn ich, das mag mir doch wohl gestattet sein, auch auf die Äußerungen reflektiere, die hente im Laufe der Debatte gefallen sind, unter anderen auch auf die Äußerung, wenn man gegen diesen Gesetzentwurf ist, dann schlage man doch andere Mittel vor.

Und ich schlage zum Beispiel das Mittel vor, daß die Schwierigkeiten, welche der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung entgegengesetzt werden, um die Sachgüter zu exportieren, endlich beseitigt werden mögen. Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten liegt nicht in der Macht der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, sie muß sich hier an die Regierung wenden. Und wenn die Regierung die Courage hat, unsere Kunstwerke zu verkaufen, so muß sie auch die Courage haben, es durchzuführen, daß in irgend einem Depot ein Arbeiterrat diejenigen Materialien, welche jemand zugewiesen sind, auch aufs folge. (Sehr richtig.) Bei dieser Wirtschaft im Staate, wie sie durch zwölf Monate herrscht — nicht allein der Krieg und die Verlängerung des Krieges waren daran schuld —, bei dieser Wirtschaft, bei dieser Unaufrichtigkeit des Regierens, wie wir sie seit zwölf Monaten hier durchmachen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Kredit im Auslande, wenn das Vertrauen des Auslandes in unsere Kreditwürdigkeit vollständig geschwunden ist. Und da lassen Sie doch wenigstens das bißchen Kredit, das die Privaten noch haben, arbeiten, und dann bringen Sie das zur Geltung, was von allen Parteien mit Zug und Recht immer hinausgerufen wird: Das größte Kapital, das wir haben, ist unsere Arbeit, mobilisieren wir unsere Arbeit. Was sehen wir statt dessen? Es entbehrt nicht der Komik, daß gestern an demselben Tage, an dem dieser Gesetzentwurf unterbreitet wurde, auch ein Gesetzentwurf wegen

gesetzlicher Regelung des Achtstundentages dem Hause überantwortet worden ist. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen; ich war nie und bin nie unter denen, die sich gegen sozial gerechte Neuerungen wenden würden. Aber in der Notlage, in der wir uns befinden . . .

**Präsident** (*unterbrechend*): Herr Abgeordneter, ich muß Sie doch bitten, sich an den Gegenstand zu halten. Wir können nicht auf alle Gebiete kommen. Jetzt waren wir bei dem Gebiete der Sachdemobilisierung, also der Kriegswirtschaft, jetzt ist es das Gebiet der Sozialpolitik; da könnten Sie in diesem Zusammenhange natürlich von der gesamten Staats- und Volkswirtschaft reden. Ich bitte Sie also, bei dem Gegenstande zu bleiben.

Abgeordneter **Friedmann** (*fortfahrend*): Ich habe zu diesem Gesetzentwurf zwei Anträge eingebracht. Es ist natürlich sehr schwierig, über eine Frage, die auch mit anderen Materien zusammenhängt, zu sprechen, wenn man sich ausschließlich auf das Thema der Veräußerung von Kunstsäcken zu beschränken hat.

Vielleicht wird es doch endlich einmal dem Volke zu dienen werden und es wird doch möglich werden, in dieser Nationalversammlung auch über alle großen wirtschaftlichen Fragen, welche das arme Volk bedrängen, zu sprechen. (*Zustimmung*.)

Ich folge dem Rufe des Herrn Präsidenten und beende meine Ausführungen, indem ich nur noch meine Anträge Ihrer geneigten Erwägung empfehle. In formaler Beziehung habe ich den Antrag gestellt, daß über § 1 unter Hinweglassung der Worte: „zu veräußern und auszuführen“ abgestimmt werde, also mit der Beschränkung auf die Verpfändung, und daß ferner diesem Ermächtigungsgesetz wenigstens eine Bremse auferlegt werde, damit die Nationalversammlung die Regierung nicht ohne irgendeine Begrenzung ermächtige, Kunstwerke zu veräußern; denn wir können nicht wissen, wohin das führt und ob schließlich nicht die gesamten Kunstwerke, soweit der Friede von St. Germain dem nicht entgegensteht, verloren gehen.

Ich habe mir daher erlaubt, den Antrag zu stellen, daß zwischen den §§ 5 und 6 ein Paragraph eingeschaltet werde, welcher bestimmt, daß die Gültigkeit dieses Gesetzes sechs Monate nach dem Tage seiner Kundmachung erlösche. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. (*Beifall*.)

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Klug**.

Abgeordneter **Klug**: Hohe Nationalversammlung! Als Vertreter der Landwirtschaft erlaube ich mir auch, über diese Gesetzesvorlage einige Worte

zu sprechen. Da es der ausdrückliche Wunsch des Herrn Präsidenten ist, daß ich mich nicht zu lange bei diesem Thema aufhalte, so werde ich mich auch ganz kurz fassen, um dem Wunsche des Herrn Präsidenten zu entsprechen. Die Verpfändung unserer Kunstsäcke kann ich vom Standpunkte unserer heutigen Notlage nur begrüßen. Ich bin auch ein Kunstsäckhaber, aber leider haben meine Genossen nicht das Glück, nach Wien fahren zu können, um diese edlen Kunstsäcke zu bewundern. Es ist heute schon gesagt worden: Was nützt es, wenn wir diese Kunstsäcke für unseren Staat erhalten, desto mehr aber gepreßt und gequält werden, unsere letzten Früchte herauszugeben, so daß wir kaum das Nötige für uns selbst haben?

Ich muß es daher nur begrüßen, daß die Regierung einmal auf die Idee gekommen ist, auch auf eine andere Weise Lebensmittel für die konsumierende Bevölkerung herbeizuschaffen und nicht alles bei den Produzenten herauszumunzen. Ich muß es nur lebhaft begrüßen, daß auf diese Weise die Notlage unserer Bevölkerung gemildert wird, so daß wir wenigstens das Notwendigste für unseren Lebensunterhalt behalten können. Es ist sehr traurig, und ich als Vertreter der Landwirtschaft kann den Nachweis dafür erbringen, daß es Eigenbauern gibt, die bereits das Unentbehrlichste abgeliefert haben und selbst durch drei, vier und sechs Monate von der Brotkarte leben müssen. Dies zu verhindern, ist die Verpfändung der Kunstsäcke wohl geeignet, damit wir wenigstens die unentbehrlichen Produkte für uns retten können. Denn die Ablieferung ist nicht mehr so leicht zu nehmen, daß man sagen kann, daß unsere konsumierende Bevölkerung mit dem versorgt werden kann, was wir im Lande erzeugen.

Ich begrüße daher nochmals diese Vorlage, durch die wir über diese schlimmste Zeit hinwegkommen. Es ist schon gesagt worden, daß wir von dem Bewundern dieser Kunstsäcke nicht satt werden können. Ich schließe mich dem Ausspruch meines sehr verehrten Herrn Vorredners Doktor Gürler an, der gesagt hat, daß wir in dieser schwersten Zeit unser Letztes verkaufen müssen. Unsere Bauernschaft muß daraus erschließen, wie notwendig es ist, für die konsumierende Bevölkerung zu sorgen, wenn der Staat gezwungen ist, die heiligsten Güter, die Kunstsäcke, zu verpfänden, um sich dadurch einen Kredit im Auslande zu verschaffen. (*Bravo!*)

**Präsident:** Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete **Witternigg** zum Worte gemeldet.

Abgeordneter **Witternigg**: Hohe Nationalversammlung! Der Worte sind genug gewechselt

worden. Das Volk hungert, wir müssen handeln. Daher beantrage ich Schluß der Debatte.

**Präsident:** Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich erfuhr jene Mitglieder, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet: Kontra die Abgeordneten Dr. Angerer und Dr. Waber; pro die Abgeordneten Dr. Eisler, Forstner und Negner. Ich bitte, sich auf die Generalredner zu einigen. (*Nach der Wahl der Generalredner.*) Zum Generalredner kontra wird Herr Dr. Angerer bestimmt, zum Generalredner pro der Herr Abgeordnete Dr. Eisler.

Da der letzte Redner ein Proredner war, kommt der Herr Abgeordnete Dr. Angerer als Generalredner kontra zum Worte. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Hohes Haus! Wir haben vom letzten Redner mit Verwunderung und Staunen gehört, daß er den vorliegenden Gesetzentrag begrüßt. Wir bedauern ihn auf das allerleidste, weil wir glauben, daß das der Weg zur Katastrophe ist, weil wir glauben, daß das bereits ein Schritt der Verzweiflung ist. Denn wenn man an das letzte, an das Höchste greift, an das, was nicht bloß materiellen, sondern vor allem ideellen Wert in sich hat, dann muß es schon sehr tief stechen. Deswegen begrüßen wir das Gesetz nicht, sondern bedauern es auf das tiefste und deshalb müssen wir uns auch die Frage vorlegen: Wie kam es denn, wie kommt es denn, daß wir diesen Weg der Katastrophe gehen müssen und daß sich die Regierung gezwungen gesehen hat, ein solches Verzweiflungsgesetz der gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen.

Es ist viel darüber gesprochen worden, daß die Grundlage jeder menschlichen Ordnung und jeder menschlichen Wirtschaft die Arbeit ist. Allein hat man danach gehandelt? Hat unsere Regierung dafür gesorgt, hat sie diesen Grundgedanken, daß nur die produktive Arbeit Werte schaffen kann, allüberall und nach allen Seiten hin mit Entschiedenheit vertreten? Wir sagen: Nein! Man hat von der Notwendigkeit der Arbeit gesprochen, aber unterstützt hat man die Arbeitsunwilligen. Man hat über 30 Millionen monatlich für die Arbeitslosen ausgegeben, nicht bloß für jene, welche keine Arbeit finden, obwohl sie nach einer solchen suchen, sondern vor allem für jene, die es darauf angelegt haben, auf Kosten der arbeitenden Gesellschaft ein Leben ohne Arbeit zu führen und vielfach ein besseres Leben zu führen als jene, die gezwungen

sind, durch ihrer Hände Arbeit ihren Lohn zu verdienen. (*Zustimmung.*)

Es ist Tatsache und läßt sich nicht bestreiten, daß in der Provinz allüberall die Meinung besteht, daß Arbeit genug vorhanden wäre (*Rufe: Wo denn?*), daß die Arbeit auch bezahlt würde, aber daß die Arbeitslust deshalb fehlt, weil die Arbeitsunwilligen ohnehin ihre Unterstützung bekommen, die sie dann durch Schleichhandels-, Schieber- und andere Geschäfte vermehren, so zwar, daß der Arbeitswillige eigentlich derjenige ist, der als der Dummkopf, als derjenige erscheint, der es nicht versteht, die Gesellschaft auszubieten. Ich verstehe sehr wohl, daß es auch Fälle gibt, wo trotz allem Arbeitswillen keine Arbeitsgelegenheit zu finden ist. Das ist richtig. Allein wenn wir Fälle haben, daß sich Arbeiter anmelden und sagen, der betreffende Arbeitgeber möge ihnen eine Bescheinigung ausspielen, daß sie nicht aufgenommen würden, nur zu dem Zweck, damit sie der Arbeitslosenunterstützung teilhaftig würden, diese moralische Anschaumung ist schon sehr gefährlich, und wenn die Behörden ein solches Vorgehen nicht mit der nötigen Schärfe und Entschiedenheit bekämpfen — und auch hierin haben die Behörden bedauerliche Nachgiebigkeit an den Tag gelegt —, dann muß es eben zur Katastrophe kommen. Das ist eben der Weg zum Zusammenbruch. Es kann nicht anders sein.

Man sagt weiters, es fehlen die Rohstoffe. Gewiß, aber deswegen erst recht hätten wir die Arbeit und die Ordnung in den Mittelpunkt stellen müssen. Denn wie können wir uns Rohstoffe verschaffen? Dadurch, daß wir im Ausland Vertrauen erwecken. Wir müssen Vertrauen gewinnen, dann wird man uns einen Kredit gewähren. Mit diesem Kredit werden wir dann Rohstoffe beschaffen können und die Rohstoffe sind dann die Grundlage für die Arbeit. Dann werden wir allmählich — und das muß das Ziel sein — zu einer aktiven Handelsbilanz und zu jener Stabilisierung unserer Kronennote kommen, ohne die ein geordnetes Wirtschaftsleben unmöglich ist. Die Stabilisierung unseres Kronenkurses ist das Um und Auf der Sache und beim Wiederaufbau hätte die Regierung die Pflicht gehabt, in ganz besonderem Maße auf eine Stabilisierung des Kronenkurses hinzuwirken. Allein was ist geschehen? Hat man das Vertrauen im Ausland geweckt? Ich bitte, Hand aufs Herz! Wer traut sich, das mit Ja zu beantworten?

Ich glaube, wenn man im geheimen jene Gruppen — ich habe einen Teil der sogenannten Arbeitslosen schon gekennzeichnet, aber ich gehe weiter — wenn man einen Teil jener Gruppen, welche bewußt an dem völligen Umsturze unserer Gesellschaftsordnung arbeiten, unterstützt, wenn man auch da noch ein Auge zudrückt, ja teilweise sogar, wie die

Bevölkerung im In- und Auslande vielfach meint, im geheimen mitspielt, so kann das Vertrauen nicht kommen.

Ja, Verehrteste, wissen Sie, was man in der Provinz über Béla Kun sagt, der mit seinen Ge- nossen in Karlstein sitzt? Man sagt, das sind nach unserer Auffassung gemeine Verbrecher, das sind nicht Männer, denen man ein Asylrecht hätte gewähren sollen, denn ein Asylrecht gewährt man nur Männern, die darauf Anspruch haben, also selbstverständlich politischen Verbrechern; aber Leute, welche zielbewußt die menschliche Ordnung zerstörten, Menschenleben gefährdeten und die gesamte Gesellschaft eines Staates in das Elend und Hungern hineingebracht haben, wie wir es in Ungarn gesehen haben, solche Leute sind nicht politische Verbrecher, die Anspruch auf ein Asylrecht haben, das sind nach unserer Meinung gemeine Verbrecher und gemeinen Verbrechern gebührt kein Asylrecht.

Glauben Sie denn nicht, Verehrteste, daß diese Kunde in das Ausland dringt und man im Auslande den Kredit verlieren muß, wenn man im Inlande die Zerstörer eines geordneten Wirtschaftslebens aufnimmt? Wer hat sie aufgenommen? Diese Frage ist offen; es wurde gestritten, ob beide Regierungsparteien damit einverstanden waren oder nicht, aber Tatsache ist das eine, daß Béla Kun hier sitzt und das Asylrecht genießt. (*Rufe: Und Karl ist in der Schweiz!*) Den Karl wollten wir nicht bei uns, darum ist er hinaus, aber auch Béla Kun wollen wir nicht bei uns haben. Wir wollen den Karl nicht hier, er ist jetzt draußen, nur hätten wir gemeint, daß damals, als mein Klubgenosse Dr. Clessin den Antrag auf die Vermögensabgabe von seinem Besitz gestellt hat, dieser Antrag auch hätte angenommen werden sollen; die Person sollte hinaus, aber die Vermögensabgabe sollte durchgeführt werden, bevor sie hinaus ist. Das war unsere Meinung. Ich weiß nicht, warum man nicht darauf eingegangen ist. Der Herr Staatskanzler hat gemeint, es wäre dies ein großer Schönheitsfehler in einem solchen Gesetze, es passe das nicht hinein. Wir haben aber als naive Menschen geglaubt, man solle das Vermögen nicht hinausschaffen, sondern nur die Person, die der neuen Entwicklung gefährlich ist, sollte aus dem Lande hinaus und wir haben daher dafür gestimmt, daß die Vermögensabgabe vorher durchgeführt werden solle.

So also kann man das Vertrauen des Auslandes nicht gewinnen. Und dann kam der unglückselige Wahnsinn der Sozialisierung. Wenn wir produktive Werte schaffen, wenn wir zu einer aktiven Handelsbilanz und schließlich auch zu einer aktiven Zahlungsbilanz kommen sollen, dann müssen wir vom Wahne der Sozialisierung aber ganz und gar absehen, denn das ist das Gegenteil einer aktiven Handelsbilanz. Und ich betone und schließe mich

jener Auffassung an, die vielfach in der Bevölkerung zu Hause ist, welche lautet: die Regierung hätte gerade einen großen Teil von dem, was sie getan hat, eben nicht tun sollen, dann hätte sie den Weg zur Katastrophe, den uns das hier vorliegende Gesetz weist, nicht zu gehen brauchen. Die Sozialisierung liefert und schafft keine Werte, wir sehen, wie sie in den Staaten, wo solche Versuche gemacht wurden, kläglich zusammengebrochen ist. Das Ausland lehnt den Kredit ab, weil man sagt, daß man zu einem solchen Staate, wo auch diese planmäßige Bestrebung zur Zerstörung eines geordneten Wirtschaftslebens besteht, selbstverständlich kein Vertrauen haben und ihm keinen Kredit gewähren könne. Also zu unserer inneren Arbeitsunlust und Unordnung kommt noch dazu das planmäßige Bestreben der Sozialisierung und da ist es selbstverständlich, daß sich das Ausland absolut ablehnend verhalten müste.

Wenn wir aber noch dafür gesorgt hätten, daß wirklich die Bedürftigen unterstützt würden, wenn wir von dem, was wir um teueres Geld aus dem Auslande an Lebensmittel gekauft haben, wenigstens den Bedürftigen die Lebensmittel durch Staatszuschuß billiger gemacht hätten! Was hat unsere Regierung getan? Sie hat Hunderte von Millionen daraufgezahlt, damit der Mehlspreis hier in Österreich auf jener niederen Höhe gehalten worden ist, daß er nur ein Bruchteil des Weltmarktpreises ist, und daß, wie wir vom Herrn Staatssekretär für Finanzen vor kurzem wieder erfahren haben, jetzt sogar im Monat bereits 300 bis 500 Millionen Kronen an Lebensmittelzuschüssen von Staats wegen aufgezahlt werden. Ja, wem kommt denn das zugute? Allen, die bei uns wohnen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen, daß die Begünstigung den armen Teufeln zugute kommt, denen, die sich mühen und plagen und die trotzdem nicht so viel verdienen, daß sie ein auskömmliches Dasein hätten.

Aber wir wünschen nicht, daß der Reiche diese Begünstigung hat, daß sogar der Ausländer diese Begünstigung hat, jenes freche Gesindel, das uns allüberall auswüchert, das aus dem Osten hergekommen ist. (*Abgeordneter Stricker: Damit erhöhen Sie Ihren Kredit, daß Sie gegen ein Volk auftreten!*) Wenn wir das internationale Judentum durch ein Gesetz zu einem Volke gemacht haben werden, dann erst werden wir mit dem jüdischen Mann als Volksgenossen reden. (*Abgeordneter Stricker: Sie generalisieren! Für Sie ist jeder Jude ein Wucherer!*) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die allergrößte Gefahr jenes Judentums ist, das das internationale Großkapital in der Hand hat und ich komme zur Überzeugung, daß die Bestrebungen, die bei uns hier in Österreich jetzt bestehen, diese Kämpfe um den Finanzplan schließlich

darauf abzielen, den Reichtum, den der Mittelstand heute noch hat, in die Hände des jüdischen Großkapitals und der jüdischen Banken hinüberzuspielen. Deswegen wundern wir uns, daß der Herr Staatssekretär für Finanzen seinen Finanzplan, seine Gedanken nicht entwickeln darf. Ja, was ist denn das? Wie kommt denn das? Wir haben ihn nicht als Staatssekretär für Finanzen bestellt, das hat die sozialdemokratische Partei getan und die christlich-soziale Partei hat zugestimmt, wie wir wissen; aber daß ein Mann, von dem man behauptet, er verstehe etwas, er sei eine hervorragende Kraft, nun auf einmal so gemeingefährlich sein soll, daß er gar nichts mehr von seinen Ideen in der Öffentlichkeit sagen darf, das ist zumindest eine sehr dunkle Sache. Wir verstehen es nicht und legen Verwahrung dagegen ein, weil wir der Meinung sind, daß wir alle Köpfe hören müssen, ob sie nun auf diesem oder auf jenem Standpunkt stehen mögen, denn jeden, der irgendwie aus diesem schrecklichen Chaos einen Ausweg weiß, soll man hören. Man braucht deswegen noch nicht zuzustimmen, aber jemanden mundtot zu machen, damit man den Gedanken, den Plan nicht hören kann, das ist verdächtig. Denn offen ist die offene Aussprache, das ist Sache jedes freien deutschen Mannes. Deswegen meinen wir: Auf solche Art können wir im Ausland keinen Kredit bekommen, auf diese Art werden wir zu keinem Ziele kommen.

Wenn wir dann im Innern, Verehrteste, jenes Zwangswirtschaftssystem der Zentralen beibehalten, wenn wir die Devisenzentrale noch weiter fortführen, die uns bereits bis zu 4 oder 5 Centimes für unsere Krone gebracht hat, ja, um Himmels willen, wie sollen wir da mit dem Ausland in Verbindung treten können? Der ausländische Kaufmann ist ja gar nicht in der Lage, im Inland unser eigenes Geld verwerten zu können, wenn er bei uns etwas kaufen will. Ja, was tut er damit? Wegschmeißen muß er es oder auf Bierflaschen kleben, wie es in der Schweiz mit unserer Krone bereits geschieht. Ja, was tut er, wenn es im Ausland nicht angenommen wird und auch im Inland unsere eigenen Waren mit dem eigenen Geld nicht bezahlt werden können? Solche Maßregeln verstehen wir nicht, weil es unbedingt dazu führen muß, daß die Krone im Ausland auf den Markt geworfen wird und deswegen der Kurs selbstverständlich heruntergesetzt werden muß.

Ja, wenn wir so wirtschaften — ich bin zwar kein Finanzmann, aber das glaube ich einzusehen als ein einfacher Mensch, daß so etwas nicht zum Ziele führen kann. Wenigstens die Erfahrung gibt uns recht. Die Theorie mag schön sein, aber die praktische Wirklichkeit gibt uns recht und deswegen meinen wir: Dieses Festhalten an verfehlten, wirtschaftszerstörenden Theorien ist einer der größten Fehler, die unsere Regierung hier gemacht

hat und die uns in das Chaos hineingetrieben haben. Unsere Regierung will experimentieren in einer Zeit, wo zu Experimenten die allerungelegenste und ungeschickteste Zeit ist. Wenn man schon sozialisieren will, muß man es zu einer Zeit tun, wo man das Vertrauen des Auslandes nicht braucht. Wenn man die Arbeitszeit durch Gesetz verkürzen will, muß man es zu einer Zeit tun, wo man nicht die allergrößte Ausnützung jeder produktiven Arbeit braucht. Alles zu seiner Zeit, ganz gewiß, aber nach unserer Meinung sind alle diese Versuche von unserer Regierung verkehrt gemacht worden, zu einer Zeit, wo sie für unsere ganze Volkswirtschaft am unglücklichsten gewirkt haben.

Dann verbietet man die Einfuhr von Waren aus dem Auslande, man beschränkt den Handel, man schneidet die Grenze gewissermaßen überall durch, man schafft eine Art Prohibitionssystem, statt daß man froh sein sollte, wenn irgendein privater Unternehmer oder ein Land oder eine Gemeinde, wie es lezthin die Salzburger Gemeinden gemacht haben, auf eigene Faust mit dem Auslande Lieferungsverträge abschließt. Es hat langer Verhandlungen bedurft, bis die Regierung zugestimmt hat, daß die Salzburger ihr Getreide bewilligt bekommen haben. Ja, wenn der private Kredit nicht ausgenützt werden darf — zu einem Staat, der eine solche Wirtschaft führt, wie ich sie früher gekennzeichnet habe, wird man im Ausland kein Vertrauen haben.

Also Ausnützung des privaten Kredites bleibt allein übrig. Deswegen verstehen wir nicht diese Sperrung der Grenzen, diese Knebelung des Handels. Ich bitte aber, nicht etwa zu glauben, daß ich für die freie Einfuhr aller Artikel sprechen wollte. Gar keine Spur! Wer Chiantiwein einführt, wer Luxuswein einführt, wer alle möglichen anderen Sachen einführt, bloß um an einem extravaganten Geschmack eine Freude zu haben, dem muß man sagen, daß wir heute vor dem Verhungern stehen und daß wir die Einfuhr beschränken müssen auf Lebensmittel und Bedarfsartikel. Aber die muß frei sein. Wer irgend etwas hereinbringt an Lebensmitteln oder Bedarfsartikeln, sei es Kohle, Zement, Baumwolle oder sonst irgendwelche Rohstoffe, der soll es tun können und soll nicht erst einen Kampf mit der Devisenzentrale führen um jede Valuta. Unsere Krone muß hinübergehen über jede Grenze, dann wird sie sich nicht draußen ansammeln und zu einem wertlosen Papier werden.

So kann die Sache nicht weitergehen. Wir müssen die Möglichkeit haben, Rohstoffe zu gewinnen, wir müssen die Möglichkeit haben, Lebensmittel zu gewinnen, und wir müssen auch die Möglichkeit haben, einen stabilen Kronenkurs zu bekommen, sonst kommen wir auf einen Weg, der zur Katastrophe führt. Deswegen klagen wir die

Regierung, und zwar nicht bloß den sozialdemokratischen, sondern auch den christlichsozialen Teil der Regierung an, denn wir haben besonders den Herren der christlichsozialen Partei vorzuwerfen, daß sie nach außen hin gerne die Opposition spielen, wie zum Beispiel dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht Telegramme aus Steiermark gegen die Judensoziregierung zugekommen sind, die in Wien bestehen soll. Ja, das ist ein bequemes Mittel, in der Regierung zu sitzen, über die Judensozi in Wien zu schimpfen und so tun, als ob man ganz unschuldig wäre. Das geht nicht und es wird der Zeitpunkt kommen, wo die Bevölkerung dieses gefährliche Doppelspiel durchschauen und sagen wird, die Vertreter der christlichsozialen Partei sind ebenfalls in der Koalitionsregierung in Wien und sie haben genau dieselbe Verantwortung wie die sozialdemokratischen Vertreter. (Ruf: Wir werden die Verantwortung tragen!) Gewiß, das werden die Vertreter der christlichsozialen Partei machen, aber sie werden uns nicht hindern können, darauf hinzuzweisen, daß es billig ist, Opposition zu spielen, dabei aber auf dem Standpunkte zu stehen, daß man die Sache gehen läßt wie sie geht. (Abgeordneter Parrer: Aber wir haben damit die Anarchie und das Blutvergießen verhindert!) Herr Abgeordneter Parrer, ich glaube, wir sind noch lange nicht am Ende der Dinge, denn wenn wir zu solchen Gezeiten . . . (Abgeordneter Parrer: Es ist leicht, zu kritisieren und über die Arbeitslosenunterstützung usw. zu schimpfen! Aber damit wurde die Anarchie abgehalten und das Blutvergießen verhindert! Man mußte den Mut haben, das zu sagen!)

**Präsident:** Ich muß den Herrn Abgeordneten Parrer bitten, den Redner aussprechen zu lassen. (Abgeordneter Parrer: Es gibt vieles, mit dem man nicht einverstanden ist!) Darf ich bitten, Herr Abgeordneter Parrer, die Verhandlung nicht zu unterbrechen!

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Wir haben eben die Überzeugung, daß beide Parteien die große Schuld daran trifft, daß solche Zustände herrschen, und daß es nicht angeht, daß die Schuld von einer auf die andere Seite geschoben wird. Das geht nicht, das ist kein aufrichtiges Spiel. Das ist unsere Meinung und jeder in der Bevölkerung hat das Recht, sich seine Meinung zu bilden. Auch wir werden das Recht für uns beanspruchen, uns unsere Meinung zu bilden. (Abgeordneter Schneidmadl: Haben Sie überhaupt eine Meinung?) Das werden Sie zu fragen wahrscheinlich nicht berechtigt sein, denn wenn das die Freiheit im sozialistischen Sinne ist, dann sind wir wohl noch sehr weit von der Erfüllung der

sozialistischen Wünsche entfernt. (Rufe: Wir bezweifeln, daß Sie eine Meinung haben!) Das wird kaum Ihre Sache sein zu beurteilen, denn Sie sind nicht Richter über mich, wir sind gleiche Männer, und wenn Sie ein Mann der Freiheit sind, ist es verwunderlich, daß Sie so reden.

Wir sind ferner der Meinung, daß bei dieser Zentralenwirtschaft gerade die christlichsoziale Partei maßgebend hätte eingreifen sollen. Sie hat Anträge gestellt, so und soviele Zeitungsartikeln wurden geschrieben, in Versammlungen wurde gesprochen, allein was ist geschehen? So gut wie nichts. Wie lange hat es gebraucht, bis dieser Ausschuß endlich zusammengekommen ist, der den Abbau der Zentralen hätte überwachen sollen! Wo sind denn die christlichsozialen Vertreter in der Regierung, wenn man so etwas zuläßt? (Ruf: Wo sind die Großdeutschen?) Wir sind nicht in der Regierung, weil wir dieses System grundsätzlich ablehnen. (Abgeordneter Parrer: Das ist leicht zu sagen: Ich lehne alles ab! Das ist das Bequemste! Das ist eine Feigheit! Ihr habt die alte Monarchie zugrunde gerichtet, Ihr werdet die Republik auch noch zugrunde richten mit Eurer talketen Politik!) Das ist aber eine sonderbare Auffassung unserer Politik. Herr Parrer sollte sich doch scheuen, eine solche Anschaufung anzusprechen. (Zwischenrufe: Aber sie stimmt!) Sie sollten sich doch freuen, wenn wir die alte Monarchie zugrunde gerichtet hätten, denn Sie sind doch auch Gegner der alten Monarchie gewesen wie heute. An uns wird es gewiß nicht liegen, wenn die reaktionären Bewegungen überhand nehmen, um das alte wieder herbeizuführen. Wir sind nicht Vertreter des alten Regimes und würden es uns nur zur Ehre anrechnen, wenn es uns gelungen wäre, es zu stürzen. Aber wer von Schuld am Kriege spricht, wird sich gewöhnen müssen, daß es auch eine Frage nach der Schuld am Frieden gibt. Die wird ebenso wichtig und noch wichtiger sein. Da wird man auch fragen, wer schuld ist am Zusammenbruch. Ich müßte auch darüber sprechen, aber heute habe ich darüber nichts zu reden, weil es nicht zur Tagesordnung gehört. . . .

**Präsident:** Sehr richtig! (Heiterkeit.)

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Ich bin diesmal in der erfreulichen Lage, mit dem Herrn Präsidenten eines Sinnes zu sein, aber ich werde doch nicht darauf verzichten, weiter auseinanderzusezen, worin wir . . .

**Präsident:** Darauf aber, weiter vom Gegenstande abzuweichen, wie es nach Ihrem eigenen Bekennnis geschehen ist, und über andere Gegenstände zu sprechen, müssen Sie doch verzichten.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Dann bitte ich dafür zu sorgen, daß nicht Gegenredner andere Gegenstände hereinwerfen. (Zwischenrufe.)

**Präsident:** Ich möchte den Herrn Redner ermahnen und einladen, sich wieder an den Gegenstand zu halten.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Ich bin mitten im Gegenstande drin, nämlich in der Frage, wie wir diesem Katastrophengesetz ausweichen können, und bei der Besprechung der Fehler, die dazu geführt haben, daß wir diesen Weg zur Katastrophe haben gehen müssen. Denn wer eine Wirkung beurteilen will, darf sich nicht scheuen, auch die Ursachen zu erforschen. Zuerst müssen wir die Schuld herausfinden und bekennen, Herr Präsident, dann erst wird es eine Besserung geben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Selbsterkenntnis und Kritik der erste Schritt zur Besserung sind. (Ruf: Bei sich selbst anfangen!) Ich werde Ihnen gleich sagen, was wir angefangen hätten . . . (Ruf: Mit der Selbsterkenntnis!) Wir halten uns durchaus nicht für unfehlbar, wir verurteilen die individuelle Unfehlbarkeit, aber auch die parteipolitische Unfehlbarkeit, wir verurteilen überhaupt jede Unfehlbarkeit. Das ist unser Standpunkt. Daher bin ich individuell genau so fehlbar wie jeder andere. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen. (Zwischenrufe.)

Erlauben Sie, daß ich etwas weiter gehe. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir Kredit im Auslande nicht erhalten können, wenn wir so wirtschaften. Gestatten Sie mir da mit einem Worte auf die ungeheuren Übelstände der Demobilisierung hinzuweisen. Wissen Sie, was mit diesen Gütern geschieht? Hat die Regierung jenen fiktiven Nut und fiktlichen Ernst, doch endlich einmal unsere Milliarden zu retten, oder wird sie weiter zuschauen, wie dort verhandelt, verjudet, verschachert, gestohlen wird? Wer wird die Kosten zahlen? Und wenn es auch nicht richtig sein wird, was im Staatsvoranschlag steht, daß wir, wenn wir nur 24 Prozent der Kosten rechnen, über 1180 Millionen Kronen werden zu zahlen haben bei einem Aktivum von nicht ganz 67 Millionen, wenn also auch nicht richtig sein dürfte, was in dem von der Regierung vorgelegten Finanzgesetzentwurf drin steht, soviel steht fest und ist die allgemeine Meinung, daß wir es hier mit einer ungeheuren Verschleuderung von Werten zu tun haben. Da wäre es notwendig, daß die Demobilisierung endlich überwacht und in die richtigen Bahnen gelenkt werde. So gibt es eine Menge anderer Sachen, die die Regierung in die Wege leiten müßte. Wenn sie das täte — und das ist der positive Vorschlag, den wir haben — würden wir uns jenen Kredit im Auslande beschaffen können, den man braucht, um Lebensmittel und Rohstoffe

zu kaufen. Aber wenn man das insländische Vermögen verschleudert und dazu Unordnung macht, wenn man neben einer geordneten Regierung eine Nebenregierung einreihen läßt . . . (Ruf: Sie meinen wohl den Herrn Stocker, der gegen die Ablieferung agitiert? — Zwischenrufe.)

**Präsident:** Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Meine Herren! Wenn Vertreter der bürgerlichen Kreise regieren würden, würden solche Unzulässigkeiten, wie sie die Arbeiterräte und zum Teil die Soldatenräte machen, nicht möglich sein. Haben Sie einmal gehört, daß Bauern sozialdemokratische Zeitungen überfallen hätten, wie es kürzlich wieder mit freiheitlichen Blättern in Graz geschehen ist? (Ruf: Die Universität in Graz haben sie überfallen! Ist Ihnen das nicht bekannt?) Nein; wir werden diese alten Geschichten aus der Klerikal-Zeit nicht aufwärmen. Das waren nicht freiheitliche Bauern, die das getan haben. — Deswegen also hätten wir gemeint, daß die Regierung die Aufgabe hätte, vor allem Ordnung im Staate zu machen, mit der Nebenregierung aufzuräumen. Es hat ja der Herr Staatskanzler selbst im Kreisarbeiterrat erklären müssen, daß man mit einer solchen Nebenregierung nicht arbeiten könne. Der Herr Unterstaatssekretär Dr. Ellengögen hat in der Länderkonferenz dasselbe erklärt und wenn wir den Bericht des Polizeipräsidenten Schober lesen . . .

**Präsident (unterbrechend):** Ich bitte, Herr Abgeordneter, sich doch an den Gegenstand zu halten!

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Ich bitte, das ist doch der Gegenstand, wenn ich sage, wir müssen Ordnung machen in unserem Hause, und wenn wir Ordnung machen nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch in der Verwaltung, dann werden wir allmählich auf die Suche nach Kredit gehen können, dann werden wir die Frage der Valuta und ähnliche Dinge besprechen können. Aber zuerst gehört Ordnung in das Wirtschaftsleben und in die Verwaltung statt der Anarchie. (Abgeordneter Parrer: Mithelfen und mitarbeiten!) Auf diesem Gebiete arbeiten wir gewiß mit, das ist sicher. Deswegen haben wir keine Opposition um jeden Preis gemacht, wie ein Vorredner gemeint hat, nein, wir haben nur unsere Meinung in kritisierender Form über das ausgesprochen, was wir für schlecht und unglücklich halten. (Zwischenrufe.) Nun, ich werde schon einige positive Wege angeben. Wir verlangen also Ordnung in der Verwaltung, das heißt eine Verwaltungsreform. Wir verlangen die Schaffung

einer Reichswehr, die keine Parteimacht, sondern eine Staatsmacht ist, damit wir Kredit im Auslande bekommen.

**Präsident (Unterbrechend):** Ich bitte, Herr Abgeordneter, ich kann nicht dulden, daß Sie uns jetzt Ihr Parteiprogramm entwickeln... (Abgeordneter Dr. Angerer: Das ist kein Parteiprogramm!) während wir hier über ein Gesetz beraten, betreffend die Veräußerung von Kunstgegenständen.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Ja, aber dieses Gesetz ergreift uns so tief...

**Präsident:** Ich achte jedes Gefühl und jede Empfindung, aber ich kann deshalb die Geschäftsordnung nicht mit Füßen treten lassen.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Das ist nicht notwendig, ich werde mich schon der Geschäftsordnung fügen, aber Sie müssen gestatten, Herr Präsident, daß wir uns dessen, was das deutsche Wien im Laufe der Jahrhunderte an ideellen Werten erworben hat und von dem wir glauben, daß es dem gesamten Volke zur Verfügung stehen soll, nicht endgültig verlustig machen und es an das Ausland verschachern lassen wollen. Dazu werden nicht einmal die richtigen Preise gezahlt werden, wie es scheint.

Wir sind der Meinung, daß, während die alte Monarchie diese Gegenstände vor dem Volke verborgen hat, die freie Republik sie dem Volke zeigen soll. Wir sind der Meinung, daß gerade diese Kunstwerke eine Bedeutung für die Bildung der großen Massen der Bevölkerung haben. Wir wollen aufzunehmen diese Geheimnisse, die früher die hohen Herrschaften verborgen haben, um sich daran zu erfreuen. Wir wollen sie dem Volke zur Verfügung stellen. (Ruf: Das verhungert ist!) Man kann den Weg der Katastrophe nicht gehen. Durch den Verkauf der Bildwerke allein werden Sie das Verhungern nicht aufhalten. Denn wenn wir erst einmal von der Hand in den Mund zu leben gezwungen sind... (Ruf: Das sind wir schon heute!) Deshalb verlangen wir einen geordneten Finanz- und Wirtschaftsplan und erheben gegen die beiden anderen Parteien den großen Vorwurf, daß man nicht zur rechten Zeit jenes Land, welches gerade für Wien so viele Lebensmittel hätte liefern können, das deutsche Westungarn, besetzt hat. Wir erheben diese schwere Anklage zunächst gegen die sozialdemokratische Partei, die unter dem Titel der Volksabstimmung das verhindert hat. (Abgeordneter Forstner: Hätten Sie einen neuen Krieg angefangen?)

**Präsident:** Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Herr Abgeordneter Forstner, Sie müssen doch wissen, daß die Entente uns das zugesichert hat. (Abgeordneter Forstner: Später!) Nicht später, das ist nicht richtig. (Abgeordneter Witternigg: Sie hätten dieselbe Katastrophe in Westungarn herbeigeführt, wie über das Kärntner Volk! — Lebhafte Zwischenrufe.)

**Präsident:** Ich bitte, den Herrn Redner sprechen zu lassen.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Das Kärntner Volk wird durch seine Abwehrbewegung hoffentlich Kärnten vor dem Zusammenbruch retten, der im jugoslawischen Staate noch viel schrecklicher erfolgen wird, wenn nicht heute, so morgen oder übermorgen. Aber nicht darum handelt es sich, es handelt sich darum, daß mit Westungarn ein wichtiges Gebiet für die Lebensmittelversorgung Wiens ausgelassen wurde, weil zunächst die sozialdemokratische Partei einer Theorie zuliebe — offenbar ist Béla Kun im Hintergrunde gestanden — diese Besetzung nicht zugelassen hat und weil später die christlichsoziale Partei — wir wissen das aus den Blättern — ihre Zustimmung zur Besetzung nicht gegeben hat. (Zwischenrufe.) Sei dem wie immer, wir werden sehen, ob man nicht auch in anderen Kreisen zur Erkenntnis kommen wird, welche wirtschaftliche Bedeutung Westungarn gerade für die Ernährung Wiens besitzt. Wenn es richtig ist, was der Herr Staatskanzler einer ungarischen Abordnung gesagt hat, daß die Angliederung Westungarns ganz sicher ist — wir werden uns herzlich darüber freuen, aber wir glauben, jeder Tag, der verstreicht, wird so und so viel Lebensmittel, die dort sind, verschwinden machen.

Wir haben noch einen anderen Vorschlag gehabt: den Anschluß an Deutschland zu vollziehen, damals im März, wo Deutschland uns zugesichert hat, auch unsere Ernährung zu übernehmen. Deutschland wollte nicht nur in unser Eisenbahntothen eingreifen, es wollte nicht nur unserer Währung Rettung bringen, es wollte nicht nur unsere Staats Schulden übernehmen und unsere industrielle Wirtschaft durch Schutzzölle schützen, es wollte mehr übernehmen, es wollte unsere Kulturinstitute schützen und übernehmen und erhalten, die wir jetzt nicht erhalten können. Damals hätte man ohne Zögern, gleichzeitig, was auch die Entente gesagt hätte, den Anschluß vollziehen sollen. Das wäre auch ein Weg gewesen, auf dem es zu diesen Ernährungsschwierigkeiten nicht gekommen wäre.

Ich verstehe sehr wohl, daß die Vertreter der beiden Parteien, die die Regierung zusammensetzen, sagen werden: Das ist ein schrecklicher Mensch... (Lebhafte Heiterkeit. — Ruf: Sehr richtig!) Sehen Sie, aber wenn die Zeit kommt wird... (Ruf: Er fängt mit der Selbsterkenntnis

an! — Waren Sie in die Regierung eingetreten und hätten Sie es gemacht!) Nein, wir konnten nicht in die Regierung eintreten! Sie werden also sagen, das ist ein schrecklicher Mensch! (Neuerliche Heiterkeit.) Warum? Weil er die Wahrheit zu sagen sich bemüht und weil man die Wahrheit im politischen Getriebe nicht mehr zu hören gewohnt und gewillt ist. (Ruf: Den Mut haben Sie nicht gehabt, in die Regierung einzutreten!) Gewiß nicht, weil dieses System, mit dem unser deutsches Volk regiert wird, so weit von unseren Anschauungen entfernt ist, daß wir nicht den Mut haben, an der Regierung teilzunehmen.

**Präsident:** Ich bitte, Herr Abgeordneter, Sie können sich doch nicht wieder auf das Gebiet der Koalitionsregierung begeben, ich bitte, sich auf das Gebiet der Veräußerung der Kunstgegenstände zu beschränken.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Herr Präsident, Sie werden bald bemerken, daß ich zum Schlusse komme, der Streit mit dem Herrn Präsidenten wird bald zu Ende sein. Ich glaubte nur andeuten zu sollen, wie wir uns den Weg zur Katastrophe, vor der wir stehen, erklären . . . (Zwischenruf des Abgeordneten Witternigg.)

**Präsident:** Ich bitte, Herr Abgeordneter Witternigg, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

**Abgeordneter Dr. Angerer (fortfahrend):** . . . und deshalb sind wir der Meinung, daß wir die Kunstwerke, die für die Zukunft Wiens eine ungeheure Bedeutung haben werden, die auch der Bildung unseres Volkes, dem sie früher, im alten Regime, verschlossen gewesen sind, zugute kommen sollen, mit Rücksicht auf die Zukunft der Stadt Wien und mit Rücksicht auf den ideellen Wert der Volksbildung auf keinen Fall verkaufen dürfen. Deswegen werden wir selbstverständlich auch nicht dafür stimmen können. Aber wir haben Euch, meine sehr verehrten Herren und Damen, gefragt, die Regierung hätte die Verpflichtung gehabt, nicht erst im letzten Augenblick, wenn wir vor der Verzweiflung stehen, mit einem solchen Verzweiflungsgesetz zu kommen, sondern schon vor Monaten darüber nachzudenken, wie wir einen Plan, einen Finanzplan, einen Lebensmittelplan, wie wir eine aktive Handelsbilanz zustandebringen, sie hätte die Verpflichtung gehabt, das auszudenken und dann hätte man das Parlament mitberaten lassen sollen. Das geht nicht, daß man eine Diktatur aufstellt, die das Parlament einfach ausschaltet, wie es geschehen ist. Diese politische Diktatur, diese Ausschaltung der Volksvertretung ist vielleicht einer der

entscheidendsten Gründe, warum es jetzt zur Katastrophe kommen muß. Vielleicht wird noch einmal ein letzter Augenblick sein, aber es wird eine Rettung nur geben, wenn die Regierung sich ermannnt, jenen sittlichen Ernst aufzubringen, der für eine Regierung in so kritischen Zeiten unbedingt notwendig ist, denn sonst geht das ganze deutsche Volk in Österreich mit allen seinen Ständen unbedingt dem Abgrunde entgegen und ist unverbringlich verloren. (Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Generalredner pro, Abgeordneter Dr. Eisler.

**Abgeordneter Dr. Eisler:** Hohes Haus! Wenn der Herr Kollege Dr. Görtler, dessen Worten wohl jeder fühlende Mensch zustimmen müßte, gemeint hat, daß der erste Herr Kontraredner so spreche, als ob er auf dem Mond lebe, so glaube ich, ruhig behaupten zu können, daß weder der erste, noch der zuletzt gehörte Herr Kontraredner so sprechen, als ob sie auf dem Monde lebten, sondern daß sie so sprechen, wie sie immer gesprochen haben, daß sie durch die Ereignisse, die die letzten Jahre gebracht haben, nicht belehrt wurden und nicht belehrt werden wollten, daß jener Ton hochmütiger, brüsker Verachtung der Not des Volkes, jener Ton der gehässigen Bekämpfung alles dessen, was die breiten Massen verlangen, uns nichts neues ist, sondern daß er unverändert in den Reden dieser Herren vorklängt, so wie er ehedem von ihnen immer wieder vernommen wurde. (Zustimmung.) Was wir heute vor allem von dem ersten Herrn Redner gehört haben, ist eine Melodie, die wir schon lange kennen, ist eine Neuauflage jenes Friedens- oder richtiger jenes Siegfriedensaufrufes, den der erste Herr Redner im Herbst 1917 unterschrieben hat, das ist dieselbe Nahrungsmittelpolitik, die er uns damals zu empfehlen sich getraut hat. Mit derselben Trivialität, mit der die Herren sich heute getrauen, zu sagen es sei nicht notwendig, es sei umerhört, Gobelins zu verkaufen, die Nahrungsmittel würden schon irgendwo herkommen, mit derselben Trivialität haben sie im Jahre 1917, in einer Zeit, in der die Menschen auch schon verhungert sind, in der im Hinterlande und an der Front Menschen durch Hunger zugrunde gegangen sind, ruhig erklärt, die Nahrungsmittelaussichten seien besser als je zuvor. (Abgeordneter Stocker: Wer?) Wenn Ihr Gedächtnis, meine Herren, so kurz ist, unser Gedächtnis ist es nicht und die Herren werden schon gestatten, daß ich Sie doch daran erinnere, daß Sie damals in diesem Aufrufe wörlich gesagt haben: „Auch die Aussichten für unsere Ernährung sind weit günstiger als im Vorjahr.“ Das war im

Jahre 1917, in einer Zeit, wo es überall Hungerkrawalle gegeben hat, wo überall die Not und Verzweiflung größer war als je zuvor im Kriege. Und diejenigen, die das gesagt haben, waren dieselben Herren, die heute hier die schönen Reden gehalten haben und unter denen, die ich auf diesem Aufruf unterschrieben finde, befindet sich auch der erste Herr Redner in der heutigen Debatte und es ist ebenso außer Zweifel, daß eine ganze Reihe jener Herren, die heute noch in der Mitte der Großdeutschen Vereinigung sitzen, auf diesem Aufruf unterschrieben sind. Ich glaube daher, mit Recht behaupten zu können: die Herren haben nichts gelernt und nichts vergessen, es sind dieselben Siegfriedenspolitiker, dieselben Herren, die uns in das Unglück getrieben haben, die auch jetzt wieder alles dazu tun, die Tag und Nacht bemüht sind, zu verhindern, daß das Unglück geringer werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Es klingt tatsächlich so, daß man dabei nur schwer ruhig bleiben kann, wenn man hört, es sei ein Attentat auf die Kultur, es sei ein Attentat auf den Reichtum Wiens an Kunstschatzen, wenn man in der schlimmsten Not, in einer Not, die so groß ist, daß man nicht weiß, was in den nächsten Wochen den Massen zur Nahrung gegeben werden soll, daran geht, entbehrlichen Kunstbesitz zu veräußern. Das ist etwas, was tatsächlich aufreizend wirken muß, wenn man sich noch ein bißchen daran erinnert, was draußen, außerhalb dieses Hauses, geschieht. Es hat schon gestern in der Beratung des Finanzausschusses mein Freund Dr. Adler darauf aufmerksam gemacht, daß wir, die wir auf den Trümmern einer Kultur stehen, die durch den Krieg restlos vernichtet wurde, zu allerlezt das Recht haben, uns darüber zu entrüsten, daß alte Teppiche oder daß irgendwelche alte Gegenstände in das Ausland wandern. Wir belügen uns selbst und wir belügen die Massen, wenn wir etwas derartiges erzählen. (Abgeordneter Dr. Angerer: Wenn sie keinen Wert hätten, würde sie niemand kaufen!) Niemand hat sich mehr darum bemüht, in den breiten Massen ein bißchen Kultur und Sinn für das Schöne zu verbreiten, als wir alle. Aber wie sieht es heute damit beim Arbeiter aus? Die letzten Stückchen von allem, was Herz und Gemüt erheben konnte, das letzte Bild, das letzte Entbehrliche ist längst aus dem Haushalte des Arbeiters hinausgewandert. (Zustimmung.) Was ihm geblieben ist, ist nicht einmal das Letzte, was er braucht, um seinen Leib zu bekleiden, um sich darauf sehen zu können. Alles Entbehrliche, alles, was das primitivste Bedürfnis des Menschen nach Kultur und nach dem Schönen noch befriedigen konnte, mußte er in dieser entsetzlichen Not hergeben. (Sehr richtig!)

Und jetzt kommen die Herren und jammern darüber, daß die Kunstschatze verminder werden, um dem Volke etwas Nahrungsmittel zu geben.

Ich würde Ihnen dringendst empfehlen, diese Reden einmal vor jenen Massen zu halten, die draußen hungrig sind (Sehr richtig!), zu ihnen zu gehen und ihnen das zu erzählen, was Sie uns heute erzählt haben und Sie würden darauf eine ganz andere Antwort bekommen, als wir sie Ihnen zu geben vermöchten. (Abgeordneter Dr. Angerer: Die Provinzler sagen halt „Los von Wien!“, wie die Länderkonferenz gezeigt hat!) — Staatskanzler Dr. Renner: Da sind ihnen die Wiener Kunstschatze nichts wert, da gehen sie los von Wien!) Ich würde dem Zwischenrufe empfehlen, diese Aufführungen den hungernden Massen in der Provinz zu halten. Auch da gibt es Hunger, auch da sieht es eben so aus wie hier. Und er möge in die Industriegebiete in die Provinz gehen und dort davon erzählen, was der erste Redner gesagt hat: Wir werden schon Brot haben, der Schleichhandel wird uns ernähren. (Abgeordneter Dr. Angerer: Schaffen Sie Gesetze gegen den Schleichhandel!) Ich wiederhole nur das, was uns der erste Herr Redner gesagt hat; er hat uns gesagt, der Schleichhandel werde uns schon ernähren, wie er uns bisher ernährt hat. Das war das Rezept, das er uns geben konnte. Mit diesem Rezept möge er in die Industriebezirke auf dem Lande gehen, auch nach Kärnten, und er wird dort wahrscheinlich das entsprechende Echo finden. Aber wenn die Herren schon kein Gefühl für die Not jener Massen haben (Abgeordneter Dr. Angerer: Wir protestieren gegen eine solche Unterschiebung!), die Sie durch derartige Reden provozieren, wenn Sie kein Gefühl dafür haben, daß täglich Selbstüberwindung dazu gehört, wie es der Herr Professor Görtler geschildert hat, um mit Preisgebung aller politischen Empfindungen daran mitzuarbeiten, daß das Schlimmste von diesem Staate abgewehrt werde (Zustimmung), wenn Sie im Gegenteil mit einer Methode, für die keine Verurteilung scharf genug ist, alle diese Bemühungen zu vereiteln, zu verhindern, zu beschmutzen und zu besudeln suchen, dann mögen Sie das mit Ihrem Gewissen aussuchen, denn Sie lassen nicht allein die Rücksicht den hungernden Menschen im eigenen Lande gegenüber vermissen, sondern noch schlimmer erscheint mir die vollständige Vernachlässigung jeder Rücksicht dem Auslande gegenüber, die Sie da betätigen. Sie schädigen durch dieses Treiben, durch diese Märchen, die Sie hier erzählen — Märchen sind es vom ersten bis zum letzten Wort, Übertreibungen, kindische, vielfach böswillige Übertreibungen und Entstellungen —, jedes Ansehen dieses Staates im Auslande, Sie untergraben dadurch den Kredit, untergraben die Möglichkeit des Aufbaues. (Zwischenrufe.)

Sie haben uns in der heutigen Debatte mit keinem Worte gesagt, wie es möglich wäre, jenes Ziel, das leider nur durch den Verkauf von Kunsts-

schäzen erreicht werden kann, auf andere Weise zu erreichen; aber Sie haben die Gelegenheit weidlich ausgenutzt, um diesen Staat vor dem Auslaide in der unerhörtesten Weise herabzusetzen. (*Zwischenrufe.*) Das ist Ihnen redlich gelungen (*Zwischenrufe*) und wenn Sie mir das nicht glauben wollen, dann möchte ich mir doch die Frage aufzuwerfen erlauben: Welchen Zusammenhang mit der Frage der Veräußerung der Kunstschatze hätten alle jene Rekriminationen gehabt, die wir heute gehört haben, wenn sie nicht von dieser Tendenz und von dieser Absicht getragen gewesen wären? (*Abgeordneter Dr. Angerer: Wir wollen, daß neue Wege eingeschlagen werden!*) Die Wege, die die Herren uns gezeigt haben, sind nicht neu und ich glaube auch ausgeführt zu haben, daß sie nicht sehr erfolgreich waren. Wenn wir uns — und ich lade die Herren immer wieder dazu ein — an die Wege erinnern, die Sie im Jahre 1917 eingeschlagen haben, und wissen, wohin diese Wege geführt haben, so müssen wir nur wünschen, daß alle guten Geister uns davor behüten mögen, daß wir von Ihnen wieder Ratschläge bekommen, die die Republik dorthin führen würden, wohin Sie die Monarchie mit Ihnen Ratschlägen geführt haben. (*Zwischenrufe.*)

So, hohes Haus, war es und ich wiederhole: Das, was wir heute gehört haben, ist nichts anderes gewesen als eine Kette böswilliger Unterstellungen, als eine Kette vielfach bewußt unwahrer Darstellungen der Dinge, wie sie wirklich sind (*Abgeordneter Angerer: Wir verwahren uns dagegen!*), und wenn Sie sich hundertmal dagegen verwahren, so wissen Sie sehr genau, daß die Dinge nicht so sind, wie Sie sie darstellen, sondern daß sie ganz anders liegen.

Ich werde, schon um mir nicht den Vorwurf gizzuziehen, daß ich vom Gegenstand abschweife, auf die Einzelheiten, die die Kontraredner hier ausgeführt haben, nicht eingehen, aber ich kann es mir doch nicht versagen, wenigstens einzelnes von dem Allergrößten herauszugreifen. Die Herren erzählen uns, es gebe auch andere Möglichkeiten, fremde Zahlungsmittel zu bekommen — und das ist ja der eigentliche Zweck des Gesetzes; die Erlangung fremder Zahlungsmittel —, die Kunstgegenstände zu verkaufen, sei nicht notwendig. Ich habe mich eifrigst bemüht, aus den Ausführungen der Kontraredner einen Weg zu entnehmen, einen Weg, der zur Erlangung fremder Zahlungsmittel führt. Man hat uns gesagt, der Staat sei nicht kreditsfähig und hat das auf die Wirtschaft im Staat zurückgeführt. Nun, zunächst werden die Herren nicht leugnen können, daß bis zum Zusammentritt dieser Konstituierenden Nationalversammlung Herren aus ihrer Mitte an der Führung dieses Staates teilgenommen haben, daß also von diesen zwölf Monaten ein sehr wichtiger Teil in eine Periode fällt, in der die

Herren genug Gelegenheit gehabt hätten, ihre Weisheit in der Erfindung solcher rettender Wege zu zeigen. Diese Weisheit ist damals nicht zum Vortheil gekommen und es wird selbst der objektivste Erforscher der Geschichte dieses Staates nicht behaupten wollen, daß von jener Seite, die sich „großdeutsch“ nennt, damals auch nur ein vernünftiger, brauchbarer Gedanke zur Rettung dieses Staates zur Verfügung gestellt worden wäre. Und wir haben auch, nachdem die Herren den entsetzlichen Beschuß gefaßt hatten, die Opposition zu bilden, kein Erbe an so herrlichen Gedanken von ihnen hinterlassen bekommen, daß man etwa von diesen Gedanken hätte zehren können.

Aber die Herren vergessen ja, daß sie hier nicht, etwa wie sie das darstellen, stummi sitzen, sondern daß sie sehr viel Gelegenheit haben, mithelfen und zu retten, und ich glaube nicht, daß die Herren nach dem, was wir heute von Herrn Professor Görtler gehört haben, sich den berechtigten Vorwurf werden zuziehen wollen, etwa zu jenen zu gehören, die das rettende Mittel versperrt halten und es dem hungernden Volke nicht verraten.

Und Sie äußern sich auch sehr eifrig, nicht nur in Ihren eigenen Blättern, sondern auch in den Blättern, die Sie sonst sehr lebhaft beschimpfen und die jenem internationalen Judentum, von dem uns der letzte Redner so Böses erzählt hat, aber schon sehr nahe stehen. (*Abgeordneter Dr. Angerer: Es fehlt uns eben an einer odentlichen großen Presse!*) Ja, und deswegen benutzen Sie, wie wir sehen, mit sehr viel Virtuosität die Blätter jenes internationalen Judentums, das Sie als das schädlichste von allen bezeichnen. Aber weder in dieser Presse noch in ihrer eigenen, weder in ihrer Kritik noch draußen in ihrer Tätigkeit haben die Herren jemals etwas finden können, was uns einen Weg zur Besserung eröffnet hätte. Im Gegenteil, glauben Sie es mir — und jeder, der draußen im Lande tätig ist, wird es Ihnen bestätigen und wir können darüber objektiver urteilen, weil wir draußen am Lande viel weniger mit der Partei, die sich „großdeutsch“ nennt, in einer Gegnerschaft stehen, als es hier bei solchen Debatten der Fall ist —, glauben Sie es mir niemand schädigt den Wiederaufbau, niemand schädigt die Wiedererichtung einer geordneten Wirtschaft, draußen am Lande wenigstens, mehr, als diejenigen, die sich zur großdeutschen Richtung zählen. (*Widerspruch und Zwischenrufe.*) Das können Sie bestreiten, Sie können aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen. (*Abgeordneter Dr. Angerer: Das wird die Zukunft lehren!*) Was die Zukunft lehren wird, wissen wir nicht, weil wir nicht wissen, wieviel Zukunft uns noch beschieden ist. Aber wir wissen, was die Gegenwart uns lehrt, und die Gegenwart lehrt uns, daß Sie vor allem an der Spitze derjenigen stehen, die jede ruhige Arbeit des

Wiederaufbaues, jede Arbeit der geordneten Gebarung mit dem wenigen, was wir selbst haben, unmöglich machen. (*Zwischenrufe.*)

Wenn der letzte Herr Kontraredner bei einer jener so beliebt gewordenen Attacken gegen die Arbeiterräte, die angeblich an allem Bösen schuld sind, in einem Zwischenrufe gefragt hat: wann Bauern sich Ungesetzlichkeiten, sich Dinge erlaubt haben, die in dieses Metier fallen (*Zwischenrufe*), so möchte ich mir doch erlauben, darauf hinzuweisen, daß im allgemeinen die Arbeiterräte Einrichtungen sind, die dem Mangel einer vollständig ausreichenden Exekutivgewalt entprungen sind. (*Lachen.*) Die Herren mögen noch so viel lachen, aber die Tatsachen werden sie nicht aus der Welt schaffen, daß im November des Jahres 1918 die Exekutivgewalt zusammengebrochen ist und daß es Arbeiter waren, die mit ihrem Leben das bisschen Besitz geschützt, die mit ihrem Leben es verhindert haben, daß unser besitzendes Bürgertum und daß auch der Mittelstand um das Letzte gekommen ist. Der Dank, den die Arbeiter ernten, ist in jenem Haß zum Ausdruck gekommen, der sich bei der heutigen Debatte gezeigt hat, der ist in jenem wüsten Geschimpfe auf die Einrichtungen zum Ausdruck gekommen, die die Arbeiterschaft ins Leben gerufen hat, um diesen Ordnungsfinn, diesen Sinn für Recht und Gesetz, der die Arbeiter allein noch besetzt oder zum größten Teile noch besetzt, auch dauernd zu verkörpern. Die Arbeiterräte haben das Schlimmste — das Schlimmste! — von diesem Staate abgewehrt, sie haben bis zum heutigen Tage den Bürgerkrieg, den Ausbruch der allergrößten Ausschreitungen verhindert. Und was Sie tun und worüber Sie so klagen, was ist das denn? Das ist nichts anderes, als ein mühseliger, für jeden daran Teilnehmenden aufreibender Kampf gegen die Auswüchse der heutigen Wirtschaft, gegen Schleichhandel, gegen Wuchertum, gegen all das, was nichts anderes verdient, als bei Tag und Nacht bekämpft und ausgerottet zu werden. Das ist im allgemeinen die Tätigkeit der Arbeiterräte. Warum die Ihnen so mißbehagt, das weiß ich nicht, aber wenn Sie Gefühl für die Not der Massen haben, dann werden Sie auch Gefühl dafür haben müssen, welch ungeheure Leistung im Interesse der Gesamtheit jene Arbeiter aufbringen, die die Gesamtheit unterstützen und ihr die Wahrung eines wesentlichen Teiles ihrer öffentlichen Pflichten abnehmen oder dabei behilflich sind.

Ich wollte sagen: Der Herr Vorredner hat nichts davon gehört, daß sich bei Requisitionen, daß sich bei amtlichen Maßnahmen Angehörige jener Partei, deren Mitglieder in derselben Vereinigung sitzen wie er, zusammengerottet und derartige Amtshandlungen mit Gewalt unmöglich gemacht haben? (*Abgeordneter Dr. Stocker: Wer?*) Wer das war?

Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Stocker in einer anderen Welt lebt und ob ihm von jenen leider sehr häufigen Vorkommnissen in Steiermark nichts bekannt ist, die darin bestehen, daß Requisitionsorgane mit Gewalt davongejagt werden, daß ihnen gewaltsame Widerstand geleistet wird, daß derartige Dinge auf der Tagesordnung sind. Das ist keine Verleumdung (*Abgeordneter Stocker: Wieso!*), das sind wenigstens Ihrer Behauptung nach in der Regel Angehörige des Bauernbundes. (*Abgeordneter Stocker: Das ist ja lächerlich!*) Das ist nicht lächerlich, sondern sehr traurig und unter dem Namen der Bekämpfung der Zentralen wird nichts anderes geführt — das wissen wir sehr genau — als eine plannäßige, bewußte Heze gegen jede Form der Erfüllung öffentlicher Pflichten. (*Abgeordneter Stocker: Das ist eine Verleumdung, gerade das Gegenteil ist der Fall!*)

**Präsident:** Ich lade den Herrn Abgeordneten Stocker ein, sich in seinen Ausdrücken etwas zu mäßigen und dem Orte anzupassen. (*Abgeordneter Stocker: Meine Behauptung entspricht den Tatsachen!*)

**Abgeordneter Dr. Eisler (fortfahren):** Ich glaube, hohes Haus, daß diese Dinge viel zu notorisch und viel zu häufig sind, als daß sie durch irgendwelche Beschimpfungen oder irgendwelche beleidigende Behauptungen aus der Welt geschafft werden könnten. Und wenn wir in der Zwangslage sind, Staatsgut welcher Art immer verwerten zu müssen, um damit ausländische Zahlungsmittel zu erhalten, so ist daran, namentlich wie das im jetzigen Moment der Fall ist, zum Teil auch jene Agitation schuld, die es uns unmöglich macht, das, was im Lande ist, voll und resilos zu erfassen. (*Sehr richtig!*) Aber ich wiederhole, hohes Haus, wir hätten es mit Dank vernommen, wenn uns auch nur mit einer leisen Andeutung gesagt worden wäre, woher wir in dieser schlimmsten Notlage Rettung bekommen sollen.

Es wird uns gesagt, man soll einen Finanzplan machen. Nun, ich nehme an, dieser Finanzplan wird gemacht; aber wir wollen nicht verhungert sein, bis der Finanzplan ausgearbeitet ist, und unabhängig von jedem Finanzplan müßte in jener Notlage, die uns hier geschildert wird, Rettung gebracht werden. Aber sonst ist uns irgendein Mittel nicht genannt worden. Es wird uns der Privatkredit als Mittel genannt. Ja, ist dieser Privatkredit wirklich imstande, auch nur den kleinsten Teil jener ungeheuren Summen aufzubringen, von denen hier die Rede ist? Wird der Privatkredit wirklich so viel Lebensmittel ins Land bringen können, um uns für die nächsten Monate, für die wir gar nichts mehr haben, zu ermöglichen, den Hungriigen Nahrung zu geben?

Nun, das glaubt kein ernster Mensch, der die Verhältnisse des Lebensmittelverkehrs in der Welt kennt; das sind etwa jene Redensarten bei den berühmten Versammlungen für den Abbau der Zentralen, bei jenen Versammlungen, für die jene Gebrauchs- anweisung, die wir mit so viel Vergnügen kennen gelernt haben, angewendet werden kann, aber das glaubt kein ernster Mensch. Wer weiß, wie die notwendigsten Lebensmittel in der Welt verwaltet und wie sie zur Verfügung gestellt werden, der sieht in dieser Redensart vom Privatkredit nichts anderes, als das altbekannte Wort jener Kreise, die nie genug haben, jener Kreise, die nicht die lebensnotwendigen Lebensmittel, sondern ganz andere Dinge einzuführen bestrebt sind, die das bisschen Kredit, das noch da ist, für ganz andere, überflüssige Dinge zu missbrauchen bestrebt sind. Wir haben von Ihnen nichts vernommen, was retten könnte, und wir sind zum Schluß nur darüber belehrt worden, daß wir von Ihnen auch nicht nur nichts Förderliches zu erwarten haben, sondern im Gegenteil, daß, wie ich mir schon auszuführen erlaubt habe, diese Art der Kritik schädlich ist nach außen, schädlich deshalb, weil sie — und das gebe ich ohneweiters zu — jeden Rest von Vertrauen zu untergraben und zu gefährden geeignet ist. Es geht nicht an, die Dinge so zu betrachten in einem Staat, der so allen Gefahren ausgesetzt war wie unser Staat und der gewissermaßen nur durch ein Wunder gerettet wurde, durch das Wunder der Zusammenarbeit aller jener, die mit der größten Selbstverleugnung nichts anderes im Auge hatten als zu retten. (Abgeordneter Dr. Angerer: Er ist ja noch nicht gerettet!) Er ist bisher wie durch ein Wunder gerettet worden. Sie machen es ja den Massen geradezu zum Vorwurf, daß sie nicht schon vor Monaten verhungert sind. Es dauert Ihnen offenbar zu lange bis zu jenem Moment, wo überhaupt nichts mehr da ist. Sie brennen ja schon scheinbar darauf, daß der Moment kommt, wo alles zugrunde geht.

Nun, wenn Sie uns vorwerfen, daß wir bisher alles getan haben, um diesen Moment abzuwehren, wenn Sie mit einer geradezu fanatischen Beharrlichkeit alle jene ungeheuerlichen Leistungen übersiehen, die notwendig waren, um bis zum jetzigen Augenblick das, was da ist, aufrechtzuerhalten und über alle Fähigkeiten hinwegzubringen, wenn Sie dem Auslande gegenüber nicht diese in der Geschichte ganz beispiellose Tatsache sichtbar machen, sondern immer wieder nur darauf hinweisen, wie schlecht, wie unmöglich dieser Staat sei, wenn Sie das Gespenst des Zusammenbruches als etwas, was nicht vermieden werden kann, immer wieder an die Wand malen und jene beschuldigen, die sich bemühen, es aufzuhalten, nun, dann kann man Ihnen wohl den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie durch Ihr Auftreten Schaden bringen, Schaden über die

Massen und Schaden über diesen Staat. Und deshalb verdient auch Ihre Kritik nichts anderes, als daß man über sie hinweggeht und daß man jenen, gegen die sie sich richtet, auch die Kritik und die Motive der Kritik klarmacht.

Und darum, hohes Haus, glauben wir nicht erst sagen zu müssen, daß wir trotz aller Einwendungen, die gegen das Gesetz erhoben wurden, dafür stimmen werden. Wir bedauern es gewiß — und ich habe mir schon erlaubt, die Gründe dafür auszuführen —, wenn Werte, wenn namentlich Gegenstände von dauerndem künstlerischem Werte ins Ausland wandern müssen. Aber vor allem verdienen ja jene Übertreibungen, die wir da gehört haben, die ernsteste Zurückweisung. Es wurde so dargestellt, als wenn sich da ein großer Kramladen entwickeln und alles, was wir haben, veräußert werden sollte. Die Herren wissen sehr genau, und das Gesetz sagt es, daß die Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain die Grenzen bilden; sehr enge Grenzen bilden, in denen die Veräußerung von Kunstwerken, von wertvollen Gegenständen möglich ist. Aber es ist schon in der Debatte gesagt worden: das, was verkauft werden soll, ist bisher den Blicken der Gesamtheit verborgen gewesen, ist verborgen gewesen allen jenen, die jetzt einen solchen Värm machen, die jetzt plötzlich behaupten, daß wir so verarmen, wenn wir es nicht haben. Während der ganzen Zeit des Regimes, das früher da war, haben wir von diesem dringenden Bedürfnisse gar nichts vernommen, und wenn wir jetzt sagen: lieber diese Kunstsäcke, von denen nachgewiesen ist, daß sie zu unserer Existenz nicht notwendig sind, hergeben als verhungern oder noch Wichtigeres preisgeben, als das Letzte, was uns geblieben ist, das letzte Stückchen Grund, das letzte Stückchen Wald, das noch da ist, hingeben und veräußern, wenn wir das sagen und uns darauf eingewendet wird, es werde der Kunst und dem Kunstansehen geschadet, so ist das in einem solchen Moment eine frivole Einwendung. Und, hohes Haus, es ist auch deshalb frivol, weil es falsch ist, falsch, weil diese Kunstsäcke, um die es sich hier handelt und deren Wert sicher unschätzbar groß ist, niemals zu einem Gemeingut des Volkes werden könnten. Sie könnten es nach meiner innersten Überzeugung nicht werden — und darüber wollen wir offen und ehrlich reden —, wenn man sie hundertmal in allen jenen Räumen ausstellen wollte, die uns der erste Kontrareddner mit so reicher Phantasie geschildert hat. Diese Kunstsäcke sind es nicht, wonach das Volk verlangt, und es wird auch — das wollen wir ganz offen und ehrlich aussprechen — niemand im Volke sich sonderlich darüber aufregen, wenn er hören wird, daß sie in Brot und Mehl verwandelt werden sollen. Wir belügen uns selbst, entweder um irgend eine faktische Opposition zu treiben oder um Gefühle

vorzutäuschen, die wir nicht haben, wenn wir uns auf jenen Boden begeben, auf dem eine gewisse Presse die Sache behandelt hat, wenn wir diesen Dingen Tränen nachweinen, die wirklich keine echten Tränen sind.

Was wir verlangen und verlangen müssen, ist die Sicherung der Ernährung des Volkes, und was dazu dienen kann, muß und wird herangezogen werden. Die Kunstsäcke werden also, wie ich mir auszuführen erlaubt habe, gewiß nicht in einem Maße, in dem es hier in übertriebener Weise geschildert wurde, zur Veräußerung gelangen. Und wenn damit ein bißchen Erleichterung geschaffen wird, wenn damit vor allem für den Winter, der vor uns steht und vor dessen Schrecken uns das Grauen erfaßt, den breiten Massen ein bißchen Erleichterung gegeben wird, wenn wir durch den Verkauf dieser Dinge die Möglichkeit erhalten, hinauszugehen und den hungrigen Massen zu sagen, es ist eine leise Hoffnung vorhanden, daß dieser Winter nicht so schlimm wird, wie er zu werden droht, dann werden wir für den Beschluß, den wir heute fassen, vollständig gerechtfertigt sein und dann werden wir vor allem mitgewirkt haben, daß eine Situation abgewehrt wird, in der sonst vielleicht nicht nur diese, sondern auch noch viel mehr und viel wertvollere Kunstsäcke ihren Untergang finden könnten.

Wir werden die Katastrophenpolitik, die uns die Herren Kontraredner empfohlen haben, nicht machen. Der Krieg hat genug, auch an Kunstsäcken zerstört und wenn wir etwas hergeben, um das Beste, das Wertvollste zu retten, so ist das der einzige Weg. . . . (Abgeordneter Dr. Angerer: Das ist nicht der einzige!) . . . der einzige, der jetzt zu gehen ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, lieber etwas preisgeben, lieber so viel preisgeben, als unbedingt preisgegeben werden muß, um das, was dauernd erhalten bleiben soll und was sonst in Gefahr ist, zugrundezugehen, zu erhalten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident:** Die Debatte ist geschlossen, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Schiegl:** Hohes Haus! Es ist gewiß die vornehmste Pflicht der Regierung und auch dieses hohen Hauses, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Wenn in dieser schweren Zeit, in der sich die ganze Bevölkerung befindet, die Staatsregierung und das Haus zu einem solchen Mittel greift, und zwar mit sehr großen Bedenken, weil wir alle ganz genau wissen, daß wir wertvolle Kunstsäcke von uns geben, so geschieht es, weil die Pflicht es uns gebietet, für die Ernährung des Volkes Vorsorge zu treffen.

Wenn der erste Herr Kontraredner davon gesprochen hat, daß es ein Mutwille der Staatsregierung sei, diesen Gesetzentwurf dem hohen Hause vorzulegen, so muß ich diesen Vorwurf zurückweisen, weil er auch auf das hohe Haus zurückfiel. Ich würde den Herrn Redner nur einladen, in die Proletarierbezirke Wiens zu gehen und sich die kranken, bleichen und hohlwangigen Kinder anzuschauen, dann würde er vielleicht anders reden. Heute ist die Bevölkerung schon beinahe halb verhungert, und wenn wir nicht wenigstens die bisherige Ernährung aufrechterhalten können, dann wird ein großer Teil der Bevölkerung am Hungertode zugrunde gehen. Wir wissen, daß schon in den vergangenen Jahren ärztlicherseits Hunger als Todesursache konstatiert wurde. Diese Fälle würden sich vermehren. Wir würden ein Verbrechen an der gesamten Bevölkerung begangen, wenn wir nicht Vorsorge träfen, um die nötigen Mittel herbeizuschaffen, das Volk vor dem Schwersten zu bewahren.

Derselbe Herr Redner hat davon gesprochen, ob wir vielleicht daran denken, auch der Bevölkerung alle Wertgegenstände wegzunehmen, ob wir noch weiter gehen wollen. Es ist ja selbstverständlich, daß wir noch zu anderen Maßnahmen greifen müssen, und daß wir die Bourgeoisie heranziehen müssen, ihren Obolus zu entrichten. Aber wir müssen dabei auch konstatieren, daß die große Masse des Volkes schon ihr letztes Hemd hergegeben hat, um vor dem Hungertode bewahrt zu bleiben. Wenn es Idealisten gibt — und es scheint der Herr Abgeordnete Müller-Guttenbrunn ein solcher Idealist zu sein —, die lieber den Hungertod erleiden, als daß sie sich von irgendeinem Wertgegenstande trennen, so können wir diesen Standpunkt nicht teilen, denn wir als die verantwortlichen Vertreter des Volkes müssen die Interessen des Volkes höher stellen als etwa die Gemütszustände eines Idealisten.

Die Ausführungen der Herren Kontraredner, die — wenigstens haben sie es gesagt — der deutschösterreichischen Republik dienen sollten, haben just dazu beigetragen, die Kreditsfähigkeit Deutschösterreichs zu untergraben. Diese Redner haben also nicht im Interesse des Volkes gehandelt, sondern sie haben im Gegenteil zum Schaden des deutschösterreichischen Volkes gewirkt.

Ich will mich nun, da ich nicht auf alle Ausführungen der Herren Kontraredner eingehen kann, auf die Abänderungsanträge des Herrn Abgeordneten Friedmann beschränken. Ich muß mich dagegen aussprechen, daß im § 1 die Worte: „zu veräußern und auszuführen“ gestrichen werden, und ebenso muß ich mich dagegen wenden, daß zwischen die §§ 5 und 6 ein neuer Paragraph eingesetzt wird, der die Gültigkeit dieses Gesetzes auf sechs Monate beschränkt. Wir müssen der Staatsregierung die Möglichkeit geben, alles zu unter-

nehmen, was im Interesse des Volkes notwendig ist, wir können infolgedessen einer solchen Beschränkung nicht zustimmen. Aus demselben Grunde haben wir ja in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß die Staatsregierung nicht in der Nationalversammlung, sondern im Hafttausschusse vierteljährlich zu berichten hat. Wenn solche Debatten wie die heutige wieder geführt würden, dann wäre dies nur den Interessen des Staates schädlich.

Ich bitte daher die hohe Nationalversammlung, dem Gesetzentwurf in der Form zuzustimmen, die vom Finanz- und Budgetausschusse beantragt wurde, und alle gestellten Abänderungsanträge abzulehnen.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Bei § 1 des Gesetzes wünscht der Herr Abgeordnete Friedmann, daß die Worte: „zu veräußern und auszuführen“, weggelassen werden.

Ich werde daher zunächst den § 1 in der Fassung des Ausschusses unter vorläufiger Hinweglassung der Worte: „zu veräußern und auszuführen“ zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die dem § 1, Absatz 1, unter vorläufiger Hinweglassung dieser zwei beanstandeten Worte zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nunmehr jene Mitglieder, welche auch den Wörtern „zu veräußern und auszuführen“ zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Auch diese Worte sind angenommen.

Absatz 2 des § 1 ist unbeanstandet. Ebenso sind die §§ 2, 3, 4 und 5 unbestritten.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesen Paragraphen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Herr Abgeordnete Friedmann stellt den Antrag, es sei zwischen die §§ 5 und 6 ein neuer Paragraph einzufügen folgenden Wortlautes (liest):

„Die Gültigkeit dieses Gesetzes erlischt sechs Monate nach dem Tage seiner Auskundmachung.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die dem Antrag Friedmann zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

§ 6 ist unbestritten.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche den § 6 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche dem Titel und Eingang zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

**Berichterstatter Schiegl:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Dazu ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Ich bitte jene Mitglieder, welche dem formellen Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das hohe Haus hat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Ich bitte jene Mitglieder, welche dem Gesetz auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz ermächtigt wird (gleichlautend mit 406 der Beilagen), ist in dritter Lesung angenommen und damit endgültig beschlossen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Goldmund hat zwei Entschlüsse beantragt. Die erste lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, in Einhaltung der vom Herrn Staatskanzler in der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärung nur die für unser Kunst- und Kulturreben entbehrlichen Gegenstände zur Veräußerung und Ausfuhr zu bringen.“

Ich bitte jene Mitglieder, welche dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner hat derselbe Herr Abgeordnete eine Entschließung folgenden Wortlauts beantragt (liest):

„Auf die Auswahl und die Schätzung ist dem Beirat, welcher aus unabhängigen Kunstsverständigen mit Ausschluß von Händlern zusammenzusetzen ist, ein maßgebender Einfluß zu sichern.“

Ich bitte jene Mitglieder, welche dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich schreite zum Schluß der Sitzung.

Ich beantrage die nächste Sitzung für morgen Freitag, nachmittags 3 Uhr, und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Verfassungsausschusses über ein Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über das deutschösterreichische Staatsbürgersrecht und über die zeitweise Unzulässigkeit von Aufnahmen in den Heimatverband (417 der Beilagen).

Eventuell:

2. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Vorlage der Staatsregierung (295 der Beilagen), betreffend die Umwandlung der Exportakademie in Wien zu einer Hochschule für Welthandel (425 der Beilagen).

3. Bericht des Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages über die Vorlage

der Staatsregierung (379 der Beilagen), betreffend den Staatsvertrag von St. Germain.

Ist gegen Tag und Stunde der nächsten Sitzung eine Einwendung zu erheben? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist daher genehmigt.

Das Ausschusßmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Dr. Ursin als Mitglied des Hauptausschusses. Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und erfülle die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (Nach Abgabe der Stimmzetteln.) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, ich bitte das Skrinium vorzunehmen. (Nach Vornahme des Skriniums.) Bei der eben vorgenommenen Wahl eines Mitgliedes des Hauptausschusses wurden 82 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt daher 42 Stimmen.

Gewählt ist mit 82 Stimmen der Abgeordnete Dr. Schönauer.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 7 Uhr 5 Minuten abends.